Landsleute, helft Bezieher für das „Ostland" werben!

„Was wir verloren haben, darf nicht verloren sein!"

Ostland

Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Ginschel u. Dr. Franz Lüdtke in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund E.V., Bln.-Charlottenburg 2

Erscheint wöchentl. einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährl. 1.50 M. Einzelnummer 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der 6gespalt. Zeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluß an den Text auf Textbreite 1.20 M

Nr. 3. | Berlin, 15. Januar 1931. | 12. Jahrg.

Deutsche Ostmärker! Männer und Frauen!

Erscheint in Massen zu der

Protestkundgebung gegen die Polengreuel

die der Deutsche Ostbund morgen, Freitag den 16. Januar 1931, 20 Uhr, in den Germania-Festsälen, Berlin N 4, Chausseestraße 110, veranstaltet.

Den Hauptvortrag hält Staatssekretär a. D. Freiherr von Rheinbaben.

Er spricht über das Thema: **„Die Massenentrechtung und blutige Drangsalierung der Deutschen in Polen und ihre Ansprüche auf Schutz der Minderheitenrechte."** Er hat viele Jahre lang regelmäßig der deutschen Delegation für die Völkerbundssitzungen in Genf angehört, ist also ein besonderer Sachkenner, und es darf daher seinen Ausführungen mit besonderem Interesse entgegengesehen werden.

Außer der Begrüßungsansprache des Herrn Bundespräsidenten Ginschel werden weitere Ansprachen halten die Herren Geheimrat von Tilly, der Ehrenbundespräsident des Deutschen Ostbundes, über **„Die Not der Ostmark"**, und Bundespräsident Geheimrat Schmid, der die zu fassende Entschließung einbringen wird.

Der **Berliner Sänger-Verein „Caecilia Melodia"** (gegründet 1856), dessen Dirigent der rühmlichst bekannte Musikdirektor Max Eschke ist und der seinerzeit die Feier des 10jährigen Bestehens des Deutschen Ostbundes im Herrenhause durch glänzende Musikvorträge verschönte, hat seine Mitwirkung freundlichst zugesagt und wird durch seinen vollen, großen Chor vaterländische und Heimatgesänge vortragen, die die Ansprachen umrahmen werden. Außerdem stellt **das Tonkünstler-Orchester** eine stattliche Kapelle, die Konzertvorträge bieten, vaterländische Weisen spielen, zwei Fanfarenmärsche vortragen und mit Zapfenstreich und Gebet die Veranstaltung beschließen wird.

Landsleute! Es ist Ehrenpflicht, daß Ihr Mann für Mann erscheint, um durch eine wuchtige Kundgebung der hellen Empörung Ausdruck zu geben, die uns und alle Deutschen ohne Unterschied der Partei und des Bekenntnisses, des Alters und des Geschlechtes wegen der unerhörten Drangsalierungen der Deutschen in Polen und wegen des ihnen gegenüber verübten Wahlrechtsraubes erfüllt. Es gilt, vor der Beratung der deutschen Protestnoten im Völkerbund in Genf vor aller Welt gegen die polnische Kulturschande Stellung zu nehmen, Recht und Gerechtigkeit für die deutsche Minderheit zu fordern und das polnische Lügennetz, durch das die Sachlage in ihr Gegenteil verkehrt werden soll, zu zerreißen!

Männer an die Front! Frauen und Jugend dürfen nicht fehlen!

Alle Ortsgruppen des Deutschen Ostbundes und die befreundeten Vereine und Verbände bitten wir um Entsendung von Fahnenabordnungen.

Der Eintritt ist frei! Wir bitten um frühzeitiges Erscheinen, um sich Plätze zu sichern.

Die Bedeutung der Kanzler- und Minister-Ostlandfahrt.

Volle acht Tage lang hat Herr Reichskanzler Dr. Brüning mit dem Reichskommissar für die Osthilfe, Herrn Reichsminister Treviranus, und dem Vertreter des preußischen Kommissars für die Osthilfe, Herrn Staatssekretär Dr. Krüger aus dem Landwirtschaftsministerium, während der ganzen Fahrt begleitet von Herrn Direktor Dorpmüller, dem Leiter der Reichseisenbahn-Gesellschaft, und teilweise von Herrn Reichsbankpräsidenten Dr. Luther, sowie einem Stabe von Beamten der beteiligten Reichs- und Staatsministerien, die Ostmark in allen ihren Teilen besucht, wobei nur die mittlere Ostmark unberücksichtigt blieb, deren Wünsche und Forderungen aber demnächst eine Abordnung dem Reichskanzler und den Leitern der Osthilfe in Berlin vortragen soll. Man mag über den Wert solcher Informationsreisen denken wie man will, in jedem Fall wird man dieser Kanzler- und Ministerreise nach dem Osten eine besondere Bedeutung zusprechen müssen. Wer die Riesenanstrengungen berücksichtigt, die der Reichskanzler über ½ Jahr durchzumachen hatte, um die Finanz- und Wirtschaftsreform gegenüber einem widerstrebenden Parlament unter Dach und Fach zu bringen, der wird es ihm hoch anrechnen müssen, daß er, nachdem er diese Anstrengungen kaum hinter sich hatte, unverzüglich die Ostlandfahrt antrat. Herr Dr. Brüning ist zwar als Reichstagsabgeordneter in Schlesien gewählt und steht somit den ostdeutschen Verhältnissen nicht ganz fern, weil seine schlesischen Wähler in den letzten Wahlperioden dafür gesorgt haben, daß er sich mit ihnen beschäftigte. Aber von Hause aus ist er Westdeutscher und weder mit den nationalpolitischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnissen des Ostens, noch mit der Mentalität der ostdeutschen Menschen vertraut. Um so wertvoller war es, daß er sich, einmal losgelöst von den Amtsgeschäften, soweit das für einen Reichskanzler möglich ist, nur zwischen ostdeutschen Menschen aufhielt, die Hauptstädte und viele andere Brennpunkte des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens des Ostens aufsuchte und sich durch Vertreter aller Wirtschaftskreise und aller Bevölkerungsschichten, durch eine Überfülle von Vorträgen nicht nur die Leiden und Schmerzen der Bevölkerung des Ostens in Stadt und Land vortragen ließ, sondern auch ihre Beschwerden und ihre Forderungen entgegennahm, in weitgehendem Maße auf sie einging. Bei denen, die mit ihm sprachen, hat er zumeist den Eindruck hinterlassen, daß er entschlossen ist, den Erörterungen über die Rettung des Ostens sofort nach der Rückkehr nach Berlin ihren Fortgang zu geben und zu tun, was unter den derzeitigen Verhältnissen möglich ist, um dem Osten zu

helfen. Denselben Eindruck hinterließen Treviranus und Dr. Luther, welch letzterer sich namentlich bezüglich der so außerordentlich wichtigen Zinsverbilligung und Kreditgewährung scharf für den Osten einsetzte.

Im ganzen bedeutete die Ostlandfahrt des Kanzlers und der Minister eine Aktion für den Osten, wie sie noch nicht da war. Wenn nicht etwa ein parlamentarisch-politischer Zusammenbruch, der in nächster Zukunft möglich ist, hoffentlich aber nicht eintreten wird, es verschuldet, daß die Aktion im Sande verläuft und verpufft, so muß ihr historische Bedeutung zugesprochen werden. Mit einer für einen Kanzler westdeutscher Herkunft besonders erfreulichen Entschiedenheit hat Herr Dr. Brüning sich zu dem Grundsatz bekannt, daß im Osten die Zukunft des ganzen deutschen Vaterlandes auf dem Spiele steht, daß dem Osten geholfen werden muß, wenn man nicht will, daß die deutsche Wirtschaft völliger Zerrüttung verfällt und ein politischer Zerfall des Reiches sich einleitet. Wenn wir deutschen Ostmärker und insbesondere wir Ostbündler das immer wieder sagen, so mag man im Westen leicht das Gefühl haben, daß wir die Dinge übertreiben und daß wir das aus egoistischen Gründen sagen. Das Wort des Kanzlers hat darum nicht nur doppeltes, sondern zehnfaches Gewicht, denn er ist in diesen Dingen neutral. Seine Stimme wird daher nicht nur im ganzen Deutschen Reich und nicht nur über dessen Grenzen hinaus überall da, wo Deutsche wohnen, sondern auch im ganzen Auslande gehört werden. Das ist eine Genugtuung für den so lange, viel zu lange stiefmütterlich behandelten und vernachlässigten Osten. Das berechtigt zu der Hoffnung, daß künftig das Gesicht der Regierung, wenn sie auch nur aus Westdeutschen besteht, nicht einseitig dem Westen zugekehrt bleibt, daß vielmehr das Gegenteil der Fall sein wird, und daß außerdem der Westen seine volle Kraft mit dafür einsetzt, daß der Osten wieder gesunden und erträgliche Lebens- und Arbeitsbedingungen erhält, daß die Schicksalsverbundenheit des Westens und des Ostens, die schon so oft in schönen Worten gefeiert worden ist, nunmehr zur Tat wird, für den Osten zur rettenden Tat!

Das ist das eine. Und der andere Gesichtspunkt, der dieser Kanzlerreise seine historische Bedeutung gibt, ist der, daß sie dem ganzen Osten gewidmet gewesen ist, daß sie sich von Tilsit, von der litauischen Grenze, bis nach Ratibor und Leobschütz, bis an die Grenze des uns entrissenen Hultschiner Ländchens, erstreckte. Der Reichskanzler und die ihn begleitenden Vertreter der Reichs- und Staatsregierung haben damit in besonders eindrucksvoller und endgültiger Weise zu erkennen gegeben, daß sie nunmehr den Standpunkt teilen: Eine wirksame Hilfe kann dem Osten nur gebracht werden, wenn sie das gesamte Ostgebiet einschließt, wenn sie sich nicht erschöpft im Herumkurieren an Symptomen besonders großer Nöte ostdeutscher Einzelgebiete. Lange, nur allzu lange haben die einzelnen Gebiete des Ostens geglaubt, am besten zu fahren, wenn sie einen Wettlauf um Volks-, Reichs- und Staatsgunst veranstalteten, um sich die erste und die größte Hilfe zu sichern. Der Ostbund hat demgegenüber immer den Standpunkt vertreten, daß die drohende Katastrophe im Osten nur aufzuhalten ist, wenn nach einem großen, einheitlichen Plan dem ganzen Osten wirtschaftlich und kulturell geholfen wird, wobei selbstverständlich die am schwersten betroffenen und am schlimmsten leidenden Teile der Ostgebiete am meisten mit der Hilfe zu berücksichtigen sind. Erst im vorigen Jahre ist ein grundsätzlicher Wandel bei den Behörden und bei der Bevölkerung des Ostens in diesem Punkte eingetreten. Und daß dieser Wandel der Dinge sich nach oben hin durchgesetzt und zu einem vollen Erfolge geführt hat, das beweist der Umfang der Kanzlerreise besonders drastisch und eindrucksvoll.

Für die Menschen des Ostens bedeutete es schon einen Hoffnungsstrahl in letzter Stunde, daß die obersten Vertreter des Reiches und des preußischen Staates einmal zu ihnen kamen, und zwar nicht für eine flüchtige Stunde, sondern, wenn auch der Besuch am einzelnen Orte meist nur ein flüchtiger war, für eine Reihe von Tagen. Es war eine Erlösung aus schon vorhandener oder drohender Verzweiflung, daß sie wenigstens den guten Willen zur Hilfe sahen, daß sie aus dem Munde des Reichskanzlers Dr. Brüning hörten, mit wie leidenschaftlicher Anteilnahme auch der Reichspräsident v. Hindenburg diese Ostlandfahrt der Reichs- und Staatsvertreter verfolgt, daß der Reichskanzler ihnen versicherte, daß er, wenn er auch nicht alle Wünsche erfüllen könne und keine großen Versprechungen machen dürfe, weil ihm die Mittel fehlen, sie zu erfüllen, doch das Letzte, was das Reich hergeben könne, daranzusetzen entschlossen sei, um nunmehr tatkräftig und systematisch dem Osten zu helfen. Es ist dankbar anzuerkennen, daß nicht nur die Vertreter der berufsständischen Kammern und der freien Organisationen, wie auch die Oberbürgermeister, sondern auch die Oberpräsidenten, die Regierungspräsidenten, die Landräte und sonstigen beamteten Personen in ihren Vorträgen mit großem Freimut und mit rückhaltloser Kritik des mehr oder minder großen Versagens der bisherigen Osthilfe sich äußerten. Dieser Freimut hat auf den Reichskanzler und seine Begleiter tiefen Eindruck gemacht, wie er wiederholt offen zugegeben hat. Er hat ihm die Dinge gezeigt, wie sie wirklich sind, und andererseits hat dieser Freimut auch in der ostdeutschen Bevölkerung innerlich befreiend gewirkt. Sie leidet ja vor allem unter dem Gefühl, daß man in Berlin nicht wisse, was im Osten los ist, daß die Brille der Ostreferenten in den Ministerien vielfach zu rosig sei und daß sie die verheerende Gestalt der Dinge den Ministern nicht in ihrem vollen Ausmaße vor Augen führen. Nun hörten und sahen sie selbst, daß offen und frei ihre Verhältnisse dargelegt wurden, ohne jede Schönfärberei und ohne Beachtung der früher so oft geäußerten Befürchtung, eine solche freimütige Darlegung der katastrophalen tatsächlichen Verhältnisse müsse die Katastrophe des Ostens, seinen wirtschaftlichen Zusammenbruch fördern, weil er den letzten Kredit aus dem Osten verscheuche. Potemkinsche Dörfer hat man dem Reichskanzler im Osten diesmal wirklich nicht gezeigt! Herr Dr. Brüning müßte nicht der verantwortungsbewußte Politiker und der tatfreudige Staatsmann sein, der er ist, wenn er nicht von dieser achttägigen Fahrt durch die Ostgebiete den unbeugsamen Entschluß nach Berlin mitgebracht hätte: Hier muß unter allen Umständen geholfen werden, denn hier ist höchste Not und Gefahr vorhanden. Und so haben denn er und Herr Reichsminister Treviranus schon am Ende der Fahrt und in Berlin sofort den festen Entschluß bekanntgegeben, unverzüglich ein neues, erweitertes Osthilfegesetz zu schaffen und unnötigen Bürokratismus der jetzigen Umschuldung kurzerhand zu beseitigen, dem Unfug ein Ende zu machen, daß der bedrängte Deutsche im Osten für Darlehen bis zu 14 v. H. Zinsen bezahlen muß für Geld, das das Reich für 5 v. H. zur Verfügung gestellt hat! Reichsbankpräsident Dr. Luther hat sich für die Beseitigung dieses geradezu unglaublichen Mißstandes ebenfalls scharf eingesetzt und hat zugesagt, seinen ganzen Einfluß geltendzumachen, um den Ostprovinzen wenigstens die notwendigen Kreditmittel zu erschließen.

Darauf aber kommt es ja vor allem an. Umschuldungsanträge liegen in allen sechs Ostprovinzen massenhaft vor, obwohl viele Landwirte sich gescheut haben, solche Anträge zu stellen, weil sie das bürokratische Gestrüpp fürchteten, das sie dabei zu umschlingen und zu erwürgen drohte. Aber Geld konnte das Reich jetzt nicht geben, weil die Kreditorganisationen sich weigerten, Geldmittel für den Osten zur Verfügung zu stellen. Es war, um einen schlesischen Ausdruck zu gebrauchen, die schönste „Mitbringe“, durch die der Reichskanzler und sein Freund Treviranus die Ostmärker erfreuen konnten, als sie mitteilten, daß diese Widerstände endlich beseitigt sind und die Umschuldung nun endlich durchgeführt werden kann. Auch in Zukunft wird es nicht auf schöne Bestimmungen ankommen, sondern darauf, daß möglichst schnell und möglichst direkt, d. h. unter Ausschaltung unnötiger Zwischeninstanzen, denen geholfen wird, denen das Messer an der Kehle sitzt, wobei natürlich auch künftig für die Sicherheit der gegebenen Kreedite nach Möglichkeit gesorgt werden muß. Auch das Übermaß an Steuern muß beseitigt und die Verkehrsnot behoben werden.

Herr Dr. Brüning hat mit Recht immer wieder betont, daß die beste Hilfe für den Osten darin bestehen wird und bestehen muß, daß Landwirtschaft und Gewerbe in ganz Deutschland wieder rentabel gemacht werden. Niemand wird die Richtigkeit dieser Anschauung verkennen. Es ist aber erfreulich, daß die Herren aus Berlin sämtlich immer wieder anerkannt haben, daß im Osten besondere Verhältnisse und besonders große Schwierigkeiten vorhanden sind und damit erhöhte Gefahren für den Zusammenbruch des Deutschtums im ganzen Osten und für die Ausbreitung des vordrängenden Polentums bestehen. Diese Sondergefahr ist hauptsächlich bedingt durch die unmögliche neue Ostgrenze, die ein blühendes, einheitliches Wirtschaftsgebiet roh und brutal durchschnitten hat. Darauf haben in Ostpreußen der Vorsitzende des Provinzialausschusses, Herr von Berg, und an anderen Stellen andere angesehene Männer des Ostens mit großer Entschiedenheit hingewiesen. Herr Reichskanzler Dr. Brüning hat diese Anschauung nicht zurückgewiesen, sondern ihr im Gegenteil durchaus zugestimmt. Er hat es zwar nach Möglichkeit vermieden, die Frage der Abänderung der Ostgrenze in seinen Reden zu berühren, um dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß es ihm in erster Linie um wirtschaftliche und kulturelle Hilfe für den Osten, nicht um eine politische Demonstration ging; er hat aber in Königsberg, auf die Worte des Herrn von Berg erwidernd, ausdrücklich betont, daß hinsichtlich der Grenzänderungsfrage die Hoffnung auf die Gerechtigkeit gesetzt werden müsse, und er hat sich in anderen seiner vielen Reden während dieser Grenzlandfahrt in ähnlichem Sinne geäußert. Wenn der „Vorwärts“ betont, daß der Kanzler während dieser Reise „staatsmännische Zurückhaltung“ bewahrt habe, so meint er offenbar diesen Punkt. Um so unberechtigter ist es, daß die polnischen Blätter sich über die Kanzlerfahrt nach dem Osten aufregen und ihr die Deutung geben, sie solle weniger der Hilfe für den Osten dienen als vielmehr ein Vorspiel zu dem Auftreten der deutschen Delegation in Genf sein. Wir hoffen allerdings, daß, wenn der Kanzler es auch nicht so gemeint hat, die Welt doch mit Anteilnahme diese Kanzlerreise verfolgt und sich so von den ungeheuerlichen Nöten des Ostens, die durch den Weichselkorridor und die Unhaltbarkeit der sonstigen Ostgrenze herbeigeführt hat, überzeugt hat und daß diese Erkenntnis dazu beitragen wird, das Verständnis weiterer Kreise auch im Auslande für das Vorgehen der deutschen Delegation in Genf zu erschließen und zu vertiefen. **Unbeschreibliche Not des Deutschtums diesseits der Grenze und unbeschreibliche Not des Deutschtums jenseits der Grenze — das ist die ungeheuerliche Folge des Teufelswerks von Versailles.**

Das ist letzten Endes das Leitmotiv jeder Betrachtung der Verhältnisse im Osten. Darum ist die Kanzler- und Ministerfahrt in die

Ostprovinzen letzten Endes auch für die Grenzrevisionsfrage von großer Bedeutung, so peinlich man sich auch bemüht hat, letztere möglichst wenig oder gar nicht zu berühren.

Für die Zukunft des Ostens ist es von ausschlaggebender Bedeutung, daß die Ostfragen überall und ständig als nationale Fragen anerkannt und behandelt werden, die allen Deutschen ohne Unterschied der Partei gleichermaßen am Herzen liegen müssen. Darum ist es bedauerlich, wenn auch auf dieser Reise wiederholt parteipolitische Gesichtspunkte in den Vordergrund geschoben wurden. Es ist dem sonst so bedachtsamen, ruhigen Reichskanzler Dr. Brüning vielfach verdacht worden, daß auch er gelegentlich parteipolitischer Polemik verfallen ist, indem er sich gegen die Parteien wandte, die zwar auch nach Hilfe für den Osten riefen, der Regierung aber die Mittel hierzu versagten. Von unserem oben dargelegten Standpunkte aus ist das Hineinziehen der Parteipolitik in die Erörterung der Ostfragen immer vom Übel, gleichviel von wem sie kommt. Und so hätten wir es lieber gesehen, Herr Dr. Brüning hätte diese Note nicht anklingen lassen. Es gibt ja andere Parteipolitiker genug, die das tun konnten, wenn es schon für nötig gehalten wurde. Aber man wird andererseits auch zugeben müssen, daß es für den Kanzler nicht leicht war, angesichts der Personen und Verhältnisse, die er vor sich hatte, die heißen Parteikämpfe der letzten Wochen und Monate zu vergessen. Für alle Ostmärker sollte es aber oberste Pflicht sein, solche Nebenerscheinungen nicht als Hauptsache zu betrachten, sondern nach wie vor selbst für ein geschlossenes Eintreten des ganzen deutschen Volkes für den Osten sich einzusetzen und zu verlangen, daß das auch von anderen, auch von den politischen Gegnern, geschieht. Wird in diesem Sinne gehandelt und dadurch die jetzige, wie jede künftige Regierung, gleichviel wie sie zusammengesetzt sein mag, in den Ostfragen gestützt, so wird damit am besten dem Osten gedient und ihm die Rettung vor wirtschaftlicher Versumpfung und national-politischen Katastrophen gesichert.

Brüning und Treviranus über das Ergebnis der Ostreise.

Reichskanzler Dr. Brüning gewährte nach seiner Rückkehr von der Ostgrenzreise einem Vertreter des WTB. eine Unterredung. Er führte etwa folgendes aus:

Die Fühlungnahme mit Vertretern aller Kreise der Grenzgebiete hat dem Bilde von der örtlichen Not, der Wirkung der bisherigen Hilfsmaßnahmen und den dringenden Erfordernissen nächster und fernerer Zukunft neue und richtunggebende Züge eingefügt. Die Verwaltungsmaßnahmen und die Entschließungen der Ministerien des Reiches und von Preußen, die in enger Verbindung mit den örtlichen Stellen durchzuführen sind, werden mit möglichst geringen Mitteln möglichst starke Wirkungen auslösen müssen. Sie werden sich mit der Zinsfrage zu befassen haben. Die Herabsetzung der Zinsen der alten Umschuldungshypotheken auf den Zinsbetrag der neuen wird zur Entscheidung stehen. Die Vereinbarungen zwischen den örtlichen Kreditinstituten über die Zinshöhe, die für Ostpreußen unter Leitung des Reichsbankpräsidenten abgeschlossen worden sind, werden durch entsprechende Verhandlungen auf die andern Ostprovinzen ausgedehnt werden müssen. Die Kapitalversorgung der Wirtschaft in allen östlichen Grenzbezirken wird zum Gegenstand ernster Beratungen mit den in Frage kommenden Kreditinstituten zu machen sein. Wieweit bei Schulden, die aus Anlaß dringendster Notstände eingegangen worden sind, Entgegenkommen möglich ist, bedarf in diesem Zusammenhange rascher Klärung. Mängel, die sich in der Organisation des Kreditwesens, insbesondere bei Weiterleitung der Kredite zentraler Stellen durch die Genossenschaften ergeben haben, müssen beseitigt werden. Mittel des Betriebssicherungsfonds sind im Rahmen des Möglichen sofort dort einzusetzen, wo die Not besonders groß und die Aussicht auf Erfolg gegeben ist.

Zahlreich sind die Wünsche, die auf der Reise entgegengenommen wurden. Sie liegen auf dem Gebiete der Verkehrspolitik, der Steuerpolitik und der Unterstützung in Sonderfällen. Die Windbruchgebiete sind eine schwere Gefahr für den Bestand des deutschen Waldes. Die Reichsregierung wird sich mit Nachdruck dafür einsetzen müssen, daß die notwendigen Mittel bereitgestellt werden, um diese Gefahr zu bekämpfen. Auch die andern Anträge werden mit aller Sorgfalt zu prüfen und beschleunigt zu entscheiden sein.

Es wird alles geschehen, was in den Kräften der Regierung steht, um die möglichen Maßnahmen rasch wirksam werden zu lassen. Die Vorlage des Entwurfs eines neuen Osthilfegesetzes steht unmittelbar bevor. Von der verständnisvollen Mitarbeit der Bevölkerung hängt aber der Erfolg zum wesentlichen Teile ab.

Einem Vertreter der T. U. erklärte Reichsminister Treviranus am Schluß der Ostreise über die nächsten Auswirkungen der Reise: Er sei durchaus zuversichtlich. Der Reichskanzler und seine Begleitung hätten eine Fülle von Anregungen erhalten, die nun in Berlin in ernster Arbeit geprüft werden müßten. Entscheidend aber für den wirklichen Erfolg dieser Reise werde sein, ob es gelungen sei, durch sie Regierung und Bevölkerung einander näherzubringen. Denn nur, wenn Regierung und Volk zusammenstünden und zusammenarbeiteten, werde es möglich sein, das gemeinsame Ziel, den Wiederaufstieg des deutschen Vaterlandes und damit auch des deutschen Ostens, zu erreichen.

Die Kanzlerreise durch Ostdeutschland.

Die Not in Westpreußen.

In Marienwerder begrüßte Herr Regierungspräsident Dr. Budding den Reichskanzler und seine Begleiter. Er ging auf die geschichtliche und derzeitige

Sonderlage Westpreußens

ein: Mit der Weichsel ist auch Westpreußen seines Kulturzentrums, seines Hauptabsatzmarktes, seiner Hafenstadt Danzig beraubt worden, ein Verlust, so verhängnisvoll, als wenn man aus der Rheinprovinz Köln und aus dem Küstengebiet Bremen herausgeschnitten hätte. Aber auch damit ist die Tragik dessen, was Westpreußen widerfahren ist, noch nicht erschöpft. Die Polen haben aus dem Danziger Korridor Hunderttausende von Deutschen trotz des Minderheitsvertrages ausgetrieben unter Vernichtung ihrer Existenzen. Übergangsbestimmungen wie in Oberschlesien gab es hier nicht. Auch heute noch wird mit allen Mitteln die Entdeutschung fortgesetzt. Dazu kommt, daß die Pässe in Polen unerschwingliches Geld kosten und die deutschen Einwohner bei einer Reise nach Deutschland abhängig sind von der Willkür der polnischen Behörden bei Erteilung der Genehmigung. Die Beibehaltung und Anknüpfung persönlicher und geschäftlicher Beziehungen ist dadurch auf das äußerste erschwert. Es gibt kaum eine westpreußische Familie, die nicht unter diesen Verhältnissen gelitten hat und leidet. Das bedeutet in der Nahwirkung Verlust des Hinterlandes mit seinem örtlichen Kundenkreis, in der Fernwirkung Verschärfung des Wettbewerbs in einem sowieso überfüllten Markt, in der Endwirkung Schrumpfung des wirtschaftlichen Organismus, wie dies besonders die Industriestadt Elbing und die Grenzstadt Bischofswerder zeigen.

Wie von der guten Instandsetzung und Instandhaltung der Deiche an der Weichsel die Sicherung der Niederung abhängt, so ist der Regierungsbezirk Westpreußen der Grenzwall für das ganze dahinterliegende Gebiet. Wird in diesen Grenzwall eine Bresche gelegt, so ist die ganze Provinz Ostpreußen gefährdet.

Die Weichsel in ihrem Unterlauf ist, wenn wir die Geschichte betrachten, die Achse, um die sich der deutsche Osten bewegt.

Hier schneiden sich die uralten großen von Osten nach Westen laufenden Verkehrslinien mit den von Polen aus machtpolitischen Gründen von Norden nach Süden gerichteten. Der Rhein und die Weichsel — zwei Ströme, die Deutschlands Geschick maßgebend bestimmen.

Oberbürgermeister Dr. Merten-Elbing sprach als Vertreter der

Städte Westpreußens.

Die westpreußischen Städte sind mit wenigen Ausnahmen durch die Grenzziehung und Abtrennung ihres wirtschaftlichen Hinterlandes schwer geschädigt. Das gilt besonders von dem Städtchen Bischofswerder, wo sich die neue Grenze am krassesten auswirkt und einen hoffnungslosen Niedergang hervorgerufen hat, ferner von seinen Nachbarstädten Freystadt und Garnsee. Aber auch von der größeren Dt.-Eylau, die zugleich ihre ungewöhnlich starke Garnison verloren hat, von Marienwerder, dessen große Behörden stark verkleinert und dessen Bahnverbindungen zugleich verkümmert sind, von Marienburg, dem der jenseitige Stadtteil Kalthof amputiert wurde, ja auch von Elbing, der größten Stadt des Bezirks, die gleichzeitig durch den Versailler Vertrag den blühenden Kriegsschiffbau und die Garnison verlor. Diese Städte besitzen nur noch ein stark verstümmeltes Hinterland. Das industriell hochentwickelte **Elbing** (70 000 Einwohner; bekannte Firmen wie F. Schichau, Loeser & Wolff, Komnick, Neumann) hat nach dem Zusammenbruch mehrerer großer und mittlerer Unternehmungen und nach sonstigen Betriebseinschränkungen eine

ungeheure Arbeitslosigkeit.

Trotz der Sanierung der Schichauwerke wird die Stadt im Laufe dieses Monats 10 000 Arbeitslose zählen, davon 3000 Zigarrenarbeiter, hoffentlich nur vorübergehend. Aus öffentlichen Mitteln (von Reich und Stadt) unterstützt werden nicht weniger als rund 12 000 Parteien (ohne die Familienangehörigen), davon sind über 2820 allein Wohlfahrtserwerbslose und ebensoviel Sozial- und Kleinrentner und sonst vom Wohlfahrtsamt Unterstützte. Ein erschütterndes Massenelend ist die Folge.

Aber auch die **Finanzen der Stadt** sind solchen Schlägen nicht gewachsen. Wenn trotz höchster Steuersätze (550 v. H. Grundvermögenssteuer, 720 v. H. Gewerbesteuer vom Ertrag und 1900 v. H. vom Kapital) das gesamte Steueraufkommen an Realsteuern nur etwa 2 Mill. RM. erbringt, dann ist es auch für eine größere Mittelstadt nicht möglich, eine Steigerung der Wohlfahrtslasten für Erwerbslose um 1,8 Mill. RM. in knapp 1½ Jahren aus eigenen Mitteln zu bestreiten. Trotz aller von jeher geübten Sparsamkeit, trotz rigorosen Abbaus kultureller Aufgaben und Annehmlichkeiten und Einführung aller Steuern der Notverordnung muß hier die Selbsthilfe versagen, da die Stadt zu allem Unglück auch noch durch frühere Bürgschaften für ihre zusammengebrochene Industrie schwer belastet ist.

Was von Elbing gilt, wo die Verhältnisse sich besonders zugespitzt haben, gilt in hohem Grade auch für Marienburg, wo die Arbeitslosigkeit ungewöhnlich groß ist, und für das Haffstädtchen Tolkemit, dessen seit Jahren beschäftigungslose Schiffer die Not der arbeitslosen Ziegler und der landwirtschaftlichen Kleinbürger noch vermehren, mehr oder minder aber auch von den anderen Städten des Bezirks.

Gewerkschaftssekretär Wallbrecht-Elbing sprach über die Arbeitslosigkeit. Zur Stunde finden in Elbing Verhandlungen der Regierung mit der Firma Schichau über Entlassungen von Arbeitnehmern statt. Auf Grund der Tabaksteuererhöhung ist die ganze Tabakindustrie Westpreußens zum Erliegen gekommen. Tausende von Arbeitnehmern sind arbeitslos geworden. Die von der Regierung eingesetzte Stelle, die die Auszahlung der Unterstützung an die arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter vornimmt, geht äußerst kleinlich bei der ganzen Angelegenheit vor. Westpreußen fordert Durchführung größerer Notstandsarbeiten. (Urbarmachung der Nogathaffkampen des Westwinkels.) Der Wohnungsbau liegt auf Grund der finanziellen Verhältnisse der Gemeinden fast ganz darnieder. Hier muß die Reichsregierung eingreifen mit Mitteln der Hauszinssteuer, damit im kommenden Sommer nicht wieder 60 bis 70 v. H. unserer Bauarbeiter arbeitslos sind. Die Wohnungsnot in der Ostmark ist geradezu entsetzlich.

In Elbing sind im letzten Jahr die Komnickbetriebe in Konkurs geraten. Betriebe, die noch vor Jahresfrist 2000 Arbeitnehmer beschäftigten, beschäftigen heute nur noch 150. Die Arbeitnehmerschaft Elbings erwartet von der Reichsregierung, daß sie der Komnickangelegenheit größere Beachtung schenkt, damit die Betriebe dem Osten erhalten bleiben.

Handelskammersyndikus Dr. Geißler-Marienwerder sprach über die

verkehrsgeographische Lage.

Die Größe der Gefahr für uns wird erkennbar durch Vergleich der Hafenumschlagsziffern. Stettin hat Vorkriegsumfang noch nicht erreicht. Königsberg hat zwar Vorkriegsumfang, ist aber von Gdingen überflügelt und leidet unter fehlendem Ausgleich zwischen Ein- und Ausfuhr. Danzig hat zwar starke Zunahme, aber nur an Massengütern auf Kosten des Eigenhandels. Jede Benutzung Gdingens geht auf Kosten von Danzig, Stettin oder Königsberg. Auch die Steigerung des Korridorverkehrs ist für uns ungünstigen Sinne ist beachtlich dank des Abbruchs der Münsterwalder Weichselbrücke, der Verödung der Weichselwasserstraße, der großen polnischen Bahnbauten und der konkurrenzlosen Kampftarife Polens.

Landrat Rebehn-Marienburg sprach als Vertreter der

Kreise und Landgemeinden.

Wir sind neues Grenzland und damit Auffanggebiet der deutschen **Flüchtlinge** aus Pommerellen, Danzig und Rußland. Die Gemeinden haben bis 25 v. H. Flüchtlinge. Diese und in der Landwirtschaft entbehrliche Kräfte volkswirtschaftlich nutzbar einzustellen, soll durch **Siedlung** erfolgen; zurzeit geschieht es leider noch wenig. So ist z. B. im gefährdetsten Kreise Stuhm fast noch gar nicht gesiedelt worden. Wir Grenzkreise haben neue vermehrte Aufgaben zu erfüllen. Wir müssen jenen jenseits der Grenze auf allen Gebieten voraus sein. Schon der Stillstand vieler Jahre verlangte zahlreiche Schulbauten, Gründungen von Kindergärten, Schaffung von Altersheimen, Anlegung von Spiel- und Sportgelegenheiten einfachster Form sowie von Volksbüchereien. Förderung von Heimatvereinen und vieles andere ist notwendig. Wir brauchen Mittel für die schweren Deicharbeiten, für Entwässerungen, für Gesundheitspflege, wie Wasserleitungen, Schlachthöfe, Schwesterstationen usw.

Die Gefahrenlage Oberschlesiens.

Die Reise durch Oberschlesien führte von Oppeln, wo sich zum Empfang am Bahnhof Oberpräsident Dr. Lukaschek, Landesfinanzamtspräsident Professor Dr. Hedding, Vizepräsident Dr. Fischer und Generalkonsul Freiherr von Grünau eingefunden hatten, über Rosenberg, Zawadzki nach dem Industriegebiet, Beuthen, Gleiwitz, und endete in später Abendstunde in Ratibor. Nach einer Begrüßung durch Oberpräsident Dr. Lukaschek im Regierungsgebäude sprach für die Industrie- und Handelskammer Syndikus Landgerichtsrat a. D. von Stoephasius: Wir verkennen die Bedeutung und die Notwendigkeit einer durchgreifenden Hilfe für die Landwirtschaft auch im Interesse von Handel und Gewerbe nicht. Die Struktur des oberschlesischen Wirtschaftsgebiets macht es aber erforderlich, daß unserer Provinz aus der Osthilfe auch eine direkte Unterstützung von Handel und Industrie zuteil wird, da die indirekte Hilfe einer Wiederaufrichtung der Landwirtschaft in unserem Gebiet nicht dieselbe Rückwirkung auf die gewerblichen Kreise haben kann, wie dies bei den übrigen, vorwiegend agrarischen Grenzgebieten der Fall ist.

Die Zukunft Oberschlesiens ist heute mehr denn je abhängig von der Lösung seiner

Verkehrsfragen.

Wenn man die Verkehrsstatistik betrachtet, so ergibt sich, daß Ostpreußen von seinem Gesamtversand etwa 80 v. H. über die Seehäfen auf dem billigen Wasserwege versenden kann, während sich in Oberschlesien das traurige Bild ergibt, daß in einem Umkreis um Gleiwitz mit einem Radius von 300 Kilometern, also der Entfernung bis Sagan, nur etwa 10 v. H. auf das Inland, rund 90 v. H. auf das umgebende Ausland entfallen, das aber nur 6,9 v. H. der oberschlesischen Produkte übernimmt. Der gesamte übrige Absatz, soweit er nicht in Schlesien bleibt, ist darauf angewiesen, zunächst die Vorfracht von 300 Kilometern zu tragen, und ein gleiches gilt für den Empfang der in Oberschlesien benötigten Güter. Notwendig ist daher Zurverfügungstellung einer Summe zur Frachtensenkung für alle Versendungen innerhalb Oberschlesiens und nach Niederschlesien.

Zu dieser Verkehrsnot tritt des weiteren noch hinzu das Fehlen einer brauchbaren

Wasserstraße.

Während der Westen über ein ausgedehntes, dauernd verbessertes Wasserstraßennetz verfügt, das ihm gestattet, seine Produkte zu billigen Sätzen in einem weiten Radius abzusetzen und immer weiter vorzudringen, haben wir im Osten gerade die Katastrophe 1928 und 1929 hinter uns, in denen bis 900 beladene Schiffe wochenlang in den Schleusenhaltungen der oberen Oder festgehalten waren; auch 1930 hatten wir stark unter der Versommerung der Oder zu leiden. Die Frage des Oderausbaues und der beschleunigten Schaffung der notwendigen Staubecken wird aber um so dringender, je schneller der Mittellandkanal seiner Durchführung, evtl. mit Hilfe ausländischen Kapitals, entgegengeht. In Zusammenhang hiermit steht auch die Schaffung eines verbilligten Zufuhrweges vom Industriebezirk an die Oder, sei es durch einen besonderen Kanal, sei es durch Bau der Grubenschleppbahn. Im Hinblick auf die großen Summen, die für die Verkehrsverbesserungen im Westen bereits zur Verfügung gestellt sind, glauben wir auch im Osten Anspruch zu haben auf die endliche Durchführung dieser bereits über dreißig Jahre schwebenden Pläne.

Namens der oberschlesischen Handwerkskammer sprach Kammerpräsident Maurermeister Jurck-Oppeln. Zur **Arbeitsbeschaffung** bemerkte er:

Wir denken hierbei zunächst an die Belebung der Bautätigkeit, durch die dem Baugewerbe und den zahlreichen Baunebengewerben Beschäftigungsmöglichkeit gegeben wird. Die Lage des Baugewerbes und der zahlreichen Baunebengewerbe muß aber unhaltbar werden, wenn nicht in diesem Jahre eine verstärkte Förderung des Wohnungsbaues erfolgt und damit zugleich der großen Wohnungsnot Oberschlesiens gesteuert wird. Ganz besondere Aufmerksamkeit erfordert hierbei der Wohnungsmangel in den Kommunen des Industriebezirks. Hierzu ist die Bereitstellung ausreichender Mittel von Reich und Staat um so notwendiger, als die kommunalen Hauszinssteuermittel auf Jahre voraus erschöpft sind und daher von den Kommunen eine Belebung des Baumarktes nicht zu erwarten ist. Die Bereitstellung von Mitteln kann sich dabei nicht nur auf die Förderung der Neubautätigkeit erstrecken, sondern sie muß in der gleichen Weise für die Ermöglichung der dringend notwendigen Instandsetzung der Altwohnhäuser erfolgen. Die Zuführung beträchtlicher Mittel in Form von billigen Hypotheken gerade für diese Zwecke würde den zahlreichen Baunebengewerben nennenswerte Beschäftigung bringen. Bei der Verteilung der Mittel muß besondere Vorsorge getroffen werden, daß diese nicht in die Hände ausländischer Unternehmer fließen. Das gesamte Handwerk längs der Grenze leidet unter dieser Konkurrenz ganz besondere Not.

Nachdem Oberbürgermeister Dr. Berger die Wünsche der Stadt Oppeln (schwierige Lage der Zement- und Tabakindustrie, Anwachsen der Wohlfahrtslasten, neue Oderbrücke), Landrat Graf Matuschka die Wünsche des Landkreises Oppeln (große Betriebsstillegungen) und Landrat Wackerzapp die Wünsche des Kreises Falkenberg vorgetragen und Reichsminister Treviranus und Reichskanzler Dr. Brüning kurz erwidert hatten, wurde die Fahrt nach Rosenberg fortgesetzt.

Hier schilderten die Vertreter des Kreises Rosenberg, Guttentag und Kreuzburg die Notlage ihrer Gebiete. Im einzelnen legten sie die Verhältnisse der Land- und Forstwirtschaft dar und verwiesen dabei vor allem auf die großen Schwierigkeiten der Holzindustrie. Sie baten um eine Senkung der Steuern und sozialen Lasten, die gerade für dieses Gebiet besonders drückend seien.

In Zawadzki fand eine Besprechung mit den Vertretern des Kreises Groß-Strehlitz statt. Landrat Dr. Werber bezeichnete Lastensenkung sowie Arbeitsbeschaffung für das Zawadzkische Hüttenwerk, insbesondere durch Erteilung von Reichsbahnaufträgen, für notwendig und erbat für den Bahnbau Groß-Strehlitz—Kandrzin Bereitstellung der ersten Baurate bereits in diesem Jahr. Schließlich überreichte er die schriftlich niedergelegten Wünsche der Landwirtschaft.

In Beuthen,

wo Oberbürgermeister Dr. Knakrick den Reichskanzler und seine Begleiter begrüßte, wurden die schweren Nöte wirtschaftlicher und kultureller Art des Industriegebietes, insbesondere der Stadt Beuthen, dargelegt: Auch bei Beuthen, wie überall in den Städten, die unmittelbar an der Ostgrenze liegen, hat die Grenzziehung eine völlige Ver-

änderung unserer Struktur hervorgerufen. Durchschnittene Straßen (von 114 an der Ostgrenze entfallen auf uns 7); durchschnittene Eisenbahnen (von 62 an der Ostgrenze entfallen auf uns 3); durchschnittene Gruben (Schwächung der Steuerkraft wegen großer Kapitalinvestierung für Ausbau neuer Schachtanlagen); durchschnittene Wasserleitungen (Verlust des Wasserturms, für dessen Neubau Stadtverordnete Mittel verweigern, weil sie mit Recht der Meinung sind, daß Reich und Staat für den Schaden einspringen müssen).

Stadtverordnetenvorsteher Zawadzki (M. d. L.) wies in einem Vortrag auf einen Stand hin, der gewöhnlich vergessen wird, den Mittelstand in Handel und Handwerk. Diese beiden Stände leiden außerordentlich unter der Not der Zeit, gerade hier im Industriebezirk durch die wirtschaftlichen Folgen der Grenzziehung. Diese Stände sind abgestellt auf die Befriedigung des Bedürfnisses eines nicht allzu weit ausgedehnten Verbraucherkreises. Durch die Änderung der Wirtschaftsbeziehungen zu den Nachbarstaaten haben sich infolge der veränderten politischen Verhältnisse die Existenzbedingungen dieser Gewerbebetriebe nach dem Kriege außerordentlich verschlechtert. Für uns in Oberschlesien, besonders in den vier Grenzstädten Beuthen, Gleiwitz, Hindenburg und Ratibor, haben sich die Existenzbedingungen weiterhin so erheblich verschlechtert, daß von einer Existenzbasis für die Gewerbetreibenden in den vier Städten überhaupt nicht gesprochen werden kann, weil die Abwanderer von Ostoberschlesien sich unmittelbar hinter der Grenze niedergelassen haben, um da ein Gewerbe zu treiben. In Beuthen hat die Zahl der Gewerbebetriebe um das Dreifache zugenommen, woraus ersichtlich ist, wie schwer unter den obwaltenden Umständen der Existenzkampf für die Gewerbebetriebe dem Handwerk und Einzelhandel geworden ist. Diesen Ständen kann wesentlich geholfen werden durch Zuteilung von Reichs- und Staatsaufträgen auf Lieferungen und Leistungen.

Über die Nöte des Landkreises Beuthen-Tarnowitz sprach Landrat Dr. Urbanek. In der Beuthener Ecke bestehe eine eigenartige Not. Die Menschen drängen sich hier zusammen, so daß sich innerhalb des Landkreises vier große Industriegemeinden bildeten. Der Landkreis selbst sei aus Restkreisen zusammengesetzt und stehe vor besonders schwierigen Verkehrsaufgaben, die durch die Grenzziehung entstanden sind. Der Landkreis könne sich rühmen, die größten Kohlenflöze des Kontinents zu besitzen, und Beuthen-Stadt sei von diesen Kohlengebieten so eingegrenzt, daß es kaum eine Ausdehnungsmöglichkeit habe. Deshalb müsse im Landkreis für Siedlungen gesorgt werden. Auch hier seien es wieder große Verkehrsschwierigkeiten, die sich in den Weg stellen. Leider fehlt noch eine durchgehende Straßenbahnverbindung Hindenburg—Rokittnitz.

Ein eindrucksvolles Bild oberschlesischer Arbeit bot dem Reichskanzler die Fahrt von Beuthen über Karf und Hindenburg nach Gleiwitz, wo sich im „Haus Oberschlesien" die Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden, der Industrie, der Kaufmannschaft, des Handwerks, der Gewerkschaften und Berufsvereinigungen in großer Zahl versammelt hatten.

Oberbürgermeister Franz, Hindenburg, sprach über die wirtschaftliche Lage der **Stadt Hindenburg**, die kaum lebensfähig sei. Auch die Eingemeindung habe ihr nicht die erwarteten Steuerquellen gebracht. Hindenburg sei eine Arbeiterstadt. Hindenburg habe allein fast 10000 Erwerbslose und 2000 Wohlfahrtserwerbslose. Wenn allein die letzteren aus der Fürsorge der Stadt herausgenommen würden, wäre der Stadt schon recht erheblich geholfen. Trotz des Daniederliegens der Wirtschaft erhebe Hindenburg die höchsten Steuern aller Städte im Reich. Allgemein sei in Oberschlesien die Meinung verbreitet, daß die Reichsbahn Oberschlesien nicht sehr günstig gesinnt sei. Besonders treffe das für die Stadt Hindenburg zu, die als Grenzstadt einen durchaus unzulänglichen Bahnhof habe. Auch gegenüber der oberschlesischen Wirtschaft sei die Reichsbahn bisher sehr zurückhaltend gewesen. Den oberschlesischen Interessen müßte im Reich mehr Beachtung geschenkt werden als bisher. Die beste Ostpolitik aber sei eine gute Wirtschaftspolitik.

Oberbürgermeister Dr. Geisler, Gleiwitz, sprach über das **Schädentilgungsgesetz,** das, von Oberschlesien immer wieder verlangt, noch nicht gekommen sei. Durch Teilgesetze habe man nur die geringfügigsten Schäden abgegolten. Oberschlesien verlange keine Sonderbehandlung und keine Subventionen, sondern lediglich eine Vergütung für diejenigen Schäden, die in der Zeit der Besatzung und des Kampfes um den oberschlesischen Boden entstanden seien. Hierfür bestünden moralische Verpflichtungen des Reiches. Die Oberschlesier haben ihr letztes für das Reich hingegeben, und sie dürfen daher eine Regulierung der großen Schäden, die sie erlitten haben, erwarten.

Generaldirektor Dr. Brennecke übermittelte Grüße der oberschlesischen Montanindustrie und ging noch einmal auf die Hauptfrage Oberschlesiens, die Verkehrsfrage, ein, Ausbau der Oder und Bau der Grubenschleppbahn; in den nächsten Tagen werde die Industrie an den Reichsverkehrsminister herantreten, um die Mittel für diesen Bau zu erhalten, die nur als Darlehen, wenn auch zu einem niedrigen Zinssatz, gegeben werden müßten. Wenn der Handelsvertrag mit Polen komme, dann dürfe das Kontingent von 320 000 Tonnen Kohlen nicht auf Oberschlesien allein entfallen. Die Reichsbahn müßte veranlaßt werden, die Hälfte davon als Dienstkohle zu übernehmen.

Landrat Harbig führte dann für den Landkreis Tost-Gleiwitz aus, daß dieser sich in einer entmutigenden Lage befinde. Von 6499 Betrieben, die zu Beiträgen zur landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft herangezogen werden, haben bis jetzt 1112 Voranmeldungen für die Umschuldung gestellt. Die angeforderten Darlehen belaufen sich auf über 9 Millionen Mark, womit unser Kreis sicher an der Spitze steht.

Abg. Nowak, M. d. L., machte den Vorschlag, daß man mit Rücksicht darauf, daß der Großschiffahrtsweg und auch die Schleppbahn erst in einem halben Jahrzehnt hergestellt sein und sich wirtschaftlich auswirken könnten, von dem Betrag, den ein solches Werk kosten würde, nämlich etwa 120 Millionen Mark, die Zinsen nehmen und mit ihnen die oberschlesischen Frachten ermäßigen solle. Dann bekomme Oberschlesien eine Grundlage, auf der es sich weiter entwickeln könne. Die Reichsbahn müsse größere Aufträge nach Oberschlesien geben, und sie hätte dann keinen Grund mehr, es nicht zu tun, denn dann würde ihr Einwand fallen, daß die oberschlesischen Produkte teurer sind.

Reichskanzler Dr. Brüning führte dann aus: Oberschlesien habe besondere Schäden aufzuweisen, deren Beseitigung oder Milderung die Hauptaufgabe jeder Regierung der kommenden Jahre sein müsse. Wenn für Ostpreußen die Frachtfrage außerordentlich wichtig sei, so sei sie für Schlesien eine Lebensfrage. Man müsse trotz aller Schwierigkeiten, die das Jahr 1931 in übermäßigem Umfange noch bringen werde, in gemeinschaftlicher Arbeit mit der Reichsbahn zu einer Lösung dieser Schwierigkeiten kommen. Es sei gesagt worden, daß der Mittellandkanal schneller als geplant ausgeführt werden solle. Für diesen Fall habe das Reichskabinett bereits beschlossen, stärkere Mittel zu konzentrieren, um die Frage der Oderwasserstraße zu beschleunigen, oder auf anderem Wege zu helfen. Es seien bereits Steuersenkungen und Frachterleichterungen im Osten geschaffen worden. Die Regierung sei sich dessen bewußt, daß dies noch nicht ausreiche, um die Wirtschaftsnöte im deutschen Osten zu beheben.

Oberschlesien sei ein Elendland. Die Wohnungsverhältnisse seien noch überaus primitiv und ärmlich. In dem Plan, der für den Wohnungsbau für 5 Jahre aufgestellt worden ist, sei auch vorgesehen, in den armen und bedürftigen Gebieten größere Mittel bereitzustellen als grundsätzlich in Aussicht genommen seien. Auch den trostlosen Wohnungsverhältnissen auf dem Lande solle abgeholfen werden. Die Zeit sei da, da sich die Blicke des ganzen Reiches auf den Osten richten. Das ganze Deutschland soll sich darin einig werden, daß der östlichen Bastion des Vaterlandes eine ausreichende Hilfe und Erleichterung geschaffen werde.

In **Ratibor** hatten sich auf dem Bahnhof zum Empfang Prälat Ulitzka mit Oberbürgermeister Kaschny, Landrat Dr. Schmidt, 1. Landesrat Hirschberg und Stadtverordnetenvorsteher Rechtsanwalt Dr. Gawlik eingefunden. Im Sitzungssaal des Landeshauses fanden sich nochmals die führenden Persönlichkeiten aller oberschlesischen Wirtschaftszweige sowie der Provinzialverwaltung und des Stadt- und Landkreises Ratibor sowie des Landkreises Cosel ein. Nach der Begrüßung durch Landeshauptmann Woschek besprach Landrat Dr. Schmidt, Ratibor, und Güterdirektor Pfisterer, Tworkau, die Wirtschafts-, Verkehrs- und Kulturnot des südöstlichsten oberschlesischen Kreises. Die Verwertung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse des Kreises sei außerordentlich schwierig. Das ostoberschlesische Industriegebiet mit seiner zahlreichen Industriebevölkerung war ein sehr aufnahmefähiges Absatzgebiet, dessen Wegfall zur Folge habe, daß Oberschlesien einen großen Teil seiner Produkte über Breslau hinaus absetzen muß. Diese Erschwernis falle bei den jetzigen erhöhten Frachtkosten noch besonders schwer ins Gewicht gegenüber beispielsweise der niederschlesischen Landwirtschaft und besonders des in der Nähe Breslaus gelegenen Gebietes. Jeder Zentner Getreide, der in Oberschlesien nicht abgesetzt werden kann, hat allein durch die Fracht bis Breslau eine Vorbelastung von 50 bis 60 Pf., was für den oberschlesischen Landwirt gleichbedeutend ist mit einem Mindererlös in dieser Höhe, ohne daß er einen Ausgleich in geringeren Gestehungskosten hat.

Als letzter Redner sprach Oberbürgermeister Kaschny über die Lage der Stadt **Ratibor.** Die Ratiborer Industrie war in ihrem gesamten Aufbau von dem Zusammenhang mit den **jetzt abgetretenen** Gebieten abhängig. Durch den Verlust des Rybniker Industriegebietes ist der Ratiborer Veredelungsindustrie die Kohlenbasis entzogen worden. Durch den Verlust des Absatzgebietes, das über Oberschlesien hinaus bis nach Posen und Westpreußen gereicht hat, ist die Ratiborer Industrie, insbesondere die Tabak- und Süßwarenindustrie, die fast ausschließlich auf den Geschmack der Bevölkereung in den losgerissenen Gebietsteilen eingestellt war, in ihrem Lebensnerv getroffen worden. Zu allem Unglück hat die Reichsbahnverwaltung in schwerster Zeit die hiesigen Eisenbahnwerkstätten geschlossen und dadurch über 1600 Arbeiter, Handwerker und Angesteellte dem Ratiborer Wirtschaftsleben entzogen. Dringendste Vorstellungen, die grenz- und wirtschaftspolitisch ungünstig gewordene Lage Ratibors nicht noch zu verschärfen, haben es nicht vermocht, das Unglück von der Stadt abzuwenden; wichtigste nationale und soziale Belange mußten zurücktreten gegenüber wirtschaftlichen Gedankengängen, deren Zweckmäßigkeit heute mehr denn umstritten ist. Es war der schwerste Schlag, den die Wirtschaft der schon durch die sonstigen Kriegsfolgen hart betroffenen Stadt Ratibor erlitten hat.

Als schließlich die Eingemeindung des etwa 6000 Einwohner zählenden Vorortes Ostrog, dessen Einwohner sich im wesentlichen aus abgebauten Eisenbahnern und erwerbslos gewordenen Arbeitern zusammensetzt, erfolgen mußte, erreichte die öffentliche Notlage eine Höhe, wie sie kaum eine andere Stadt aufzuweisen hat. Die Folge des Flüchtlingszustromes war eine Wohnungsnot und ein Steigen der Erwerbslosenziffer, wie sie im übrigen Deutschland unbekannt ist und die den Reichsdurchschnitt zeitweise verdrei- und vervierfachte. Es ist für uns schwer zu verstehen, wenn eine Stadt wie Altona jährlich zwei Millionen Reichsmark aus Staatsmitteln erhält, um den Existenzkampf gegen das übermächtige Hamburg zu führen, während unsere Bitten und Vorstellungen, uns in dem Kampf gegenüber zwei Ländern, die ihre Hände nach der Stadt Ratibor ausgestreckt haben und uns heute wirtschaftlich und kulturell zu erdrücken drohen, zu unterstützen, unerhört verhallen.

Eine Großtat, von der nicht bloß für Ratibor, sondern für den ganzen Osten des Deutschen Reiches ein wirtschaftlicher Aufstieg zu erwarten ist, würden wir in dem Entschluß erblicken, den schon seit Jahrzehnten erwogenen Plan des Oder-Donau-Kanals in Angriff zu nehmen. Hierdurch würde die alte Handelsstraße von Vorderasien und dem Balkan die Donau herauf über das mährische Gesenke ins Innere Deutschlands bis zur Ostsee wiederhergestellt. Die Industrie des deutschen Ostens könnte neue Absatzgebiete auf dem Balkan und dem nahen Osten suchen und finden, die um so nötiger sind, als durch den Ausbau des Mittellandkanals die ostdeutsche Industrie auf dem innerdeutschen Markt immer mehr von der westdeutschen Industrie zurückgedrängt wird.

In Leobschütz und Neiße ließ sich Reichskanzler Dr. Brüning über die Verhältnisse dieser Kreise berichten. Oberbürgermeister Dr. Franke, Neiße, schilderte insbesondere die folgenschweren Wirkungen der Finanznot auf kulturellem Gebiet. Der Kanzler besichtigte die Volkshochschule „Heimgarten" in Neiße.

Das bedrohte Niederschlesien.

Der letzte Teil der Reise führte durch Niederschlesien, durchs Glatzer und Waldenburger Land, nach Breslau, durch die niederschlesischen Grenzkreise nach Glogau und Grünberg, von wo der Kanzler am Sonntag nach Berlin zurückkehrte. Über die Sonderstellung der Grafschaft Glatz berichtete Landrat Dr. Peukert: Die Grafschaft bilde ein geschlossenes, abgesondertes, außerordentlich vielseitiges Wirtschaftsgebiet. Es gebe in Niederschlesien eine doppelte Front nach Nordosten und nach Südwesten. Dieser Front müsse durchgängig und gleichmäßig Hilfe zuteil werden. Der Vorsitzende des Vereins der Industriellen der Grafschaft Glatz, Fabrikbesitzer Hünefeld, schilderte darauf die Notlage aller Wirtschaftskreise.

Auf der Fahrt von Glatz nach Dittersbach empfing der Reichskanzler den Regierungspräsidenten Happ sowie einen Forstmeister, die über die schweren Windschäden in Niederschlesien Bericht erstatteten. In den weiteren Besprechungen wurde auch die Lage im niederschlesischen Bergbau und insbesondere die drohende Stillegung der Wenzeslausgrube erörtert. Von Dittersbach begab sich der Reichskanzler nach Waldenburg, wo mit Vertretern des Kreises und der Stadt Waldenburg eine Konferenz stattfand. —

Im Remter des Breslauer Rathauses schilderte Oberbürgermeister Dr. Wagner die **furchtbare Notlage Breslaus.** Es handelt sich hier nicht mehr um eine Wirtschaftskrise, sondern um eine schwere Wirtschaftskatastrophe. Unser Handel ist auf das empfindlichste geschädigt, besonders durch das Fehlen geordneter Handelsbeziehungen zu Polen und durch die gefährliche Krise unserer Landwirtschaft; unsere Industrie und unser Handwerk sind zum Teil schon vernichtet, zum Teil am Erliegen. Ich will hier nur die Lage unserer Waggonindustrie und die unserer Konfektion, unserer wichtigsten Industrien, erwähnen. Die Linke-Hofmann-Busch-Werke einschließlich des Archimedes-Werkes, deren Belegschaft schon im Jahre 1930 um 1000 Mann zurückgegangen war, werden in der zweiten Hälfte 1931 den größten Teil ihrer 3700 Arbeiter wegen Mangels an Aufträgen entlassen müssen, wenn keine weiteren erheblichen Aufträge aus dem In- und Auslande eingehen und wenn insbesondere die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft ihre Absicht durchführt, keine weiteren Aufträge für 1931 zu erteilen. In der Herren- und Damenkonfektion und in der Wäsche- und Strohhutfabrikation fanden in den letzten Jahren etwa 33 000 Arbeiter und Angestellte ihr Brot. Jetzt ist es nicht einmal möglich, 20 000 zu beschäftigen, überall mußte die Arbeitszeit verkürzt werden. Namhafte Firmen dieser Branchen sind zahlungsunfähig geworden, und es besteht die große Gefahr, daß die meisten Betriebe schließen müssen.

Wir haben in Breslau, dieser weitaus größten Stadt des Ostens, unter 616 000 Einwohnern gegenwärtig 67 300 arbeitsfähige Erwerbslose. Von diesen 67 300 Erwerbslosen muß die Stadt zur Zeit 22 200 vollständig unterhalten. Schon in der kommenden Woche wird diese Zahl sich um 2500 vermehren, also auf 24 700 steigen. Insgesamt hat Breslau bei einem Netto-Haushalt von 136,5 Millionen 43,7 Millionen Zuschuß auf dem Gebiete der Wohlfahrtsfürsorge aufzubringen. Die gesamten Gemeindesteuern werden nur 39,7 Millionen ergeben.

Beim Empfange im Oberpräsidium führte nach einer Begrüßungsansprache des Oberpräsidenten Lüdemann Landeshauptmann Dr. v. Thaer u. a. folgendes aus:

Die Ursachen, durch die sich die allgemeine Krise in Niederschlesien ganz besonders verschärft, zeigt der Blick auf die Karte: es sind die Folgen von Versailles und Genf. Wirtschaftlich ist ganz Schlesien ein blutender, verkümmernder Stumpf, wenn wir seine jetzige Lage als Halbinsel, als „Blinddarm des Reiches", wie es in bitterer Ironie oft genannt wird, betrachten. Es wirken sich die Nöte in durchaus gleicher Weise über das ganze Land aus, nicht etwa nur über eine schmale Kilometerzone längs der Grenze oder nur über das rechte Oderufer. Unsere Arbeitslosenzahl beträgt bei 3,1 Millionen Bevölkerung rund etwa 220 000, weit über dem Reichsdurchschnitt. Konkurs- und Zwangsvergleichsanmeldungen gab es 1930 in elf Monaten doppelt soviel als 1929 in zwölf Monaten. Zwangsversteigerungen ländlicher Grundstücke 1930 4½mal soviel als 1926 oder in der Vorkriegszeit. Dabei ist wiederum statistisch nachweisbar, daß die Zahl der Zwangsversteigerungen in den nicht unmittelbaren Grenzkreisen, insbesondere auch links der Oder, ebenso hoch, zum Teil sogar höher ist als in diesen. Das gleiche beweisen die statistischen Zahlen der Verschuldung.

Der letzte Teil der Fahrt führte durch die **bedrohten Grenzkreise** Namslau, Groß-Wartenberg, Militsch, Trachenberg, Guhrau und Fraustadt. In Glogau unterrichtete Landrat Dr. Jerschke den Reichskanzler im einzelnen über die wirtschaftliche Lage dieses Gebietes, und Oberbürgermeister Dr. Hasse ging im einzelnen auf die Lage der Stadt Glogau ein, die vor dem Kriege an zweiter Stelle der schlesischen Städte stand, während sie jetzt, nachdem die Festung Glogau aufgehoben worden sei, an die dreizehnte Stelle gerückt sei dadurch, daß die Beseitigung der Festung einen starken Abzug der Industrie zur Folge gehabt habe. Vor dem Kriege sei Glogau ein bedeutender Umschlagsplatz gewesen. Notwendig sei, baldigst den Ausbau der Oder in Angriff zu nehmen, um auf diese Weise eine Besserung der Lage herbeizuführen.

In Grünberg, wo die Reise ihren Abschluß fand, ging Oberbürgermeister Dr. Busse nach Aufzählung der Gründe des wirtschaftlichen Niedergangs von Nordschlesien auf die Belange der Obst- und Nebenstadt des Ostens, Grünberg, ein, die auch Industriestadt sei. Er regte Steuersenkung, Frachtenermäßigung und Lastenausgleich an. Das Menschenproblem sei das Kernproblem des Ostens. Der Menschenleere des Ostens müsse abgeholfen werden.

Reichsminister Treviranus ging auf die Notverordnung ein und betonte ausdrücklich, die Reichsregierung sei heute noch nicht in der Lage, eine Erweiterung der Osthilfe vorzunehmen. Aus diesem Grunde würden jetzt keine Zusagen gemacht, die später nicht erfüllt werden könnten. Es solle aber versucht werden, dem kleinbäuerlichen Besitz an der Grenze über die **Osthilfe hinaus größere Mittel zur Verfügung zu stellen. Außerdem soll eine beschleunigte Abwicklung der Umschuldungsanträge**, und zwar über den Weg des Landrats, vorgenommen werden.

Reichskanzler Dr. Brüning schilderte seine Eindrücke, die er an der blutigen Ostgrenze gesammelt hat. Februar und März dieses Jahres würden entscheidend sein für das deutsche Volk. Wenn ein enges Zusammenarbeiten mit der Regierung in Zukunft erfolge, werde es gelingen, dem Osten zu helfen. **Die deutsche Ostnot sei die deutsche Not.**

Treviranus über die Erweiterung der Osthilfe.

Im Berliner Rundfunk sprach Reichsminister Treviranus am 12. Januar über die Ergebnisse der Ostreise. Er betonte, daß der allgemeine Notstand in den Ostmarken einmal aus der **unsinnigen Grenzziehung** herrühre, die jeden Handel und Wandel zertrümmert habe. Man müsse sich fragen, wie es denn menschenmöglich gewesen sei, daß Entscheidungen über Grenzen an Konferenztischen gefallen seien, ohne die Landschaft und die Menschen zu kennen. Der allgemeine Notstand in den Ostmarken rühre weiter aus den Reparationsregelungen und der Weltwirtschaftskrise. Die besondere Not des Ostens liege in dem allmählichen Anwachsen von großen und kleinen Krisensorgen, die über das ganze Ostgebiet verteilt seien. Eine verantwortungsbewußte Opposition müsse in diesen Zeiten der Not Gebiete anerkennen, in denen der Parteistreit zu schweigen habe. Nur dann sei es möglich, mit dem gesammelten Einsatz aller Kräfte die bitterste Not im Osten zu bannen. Die Reichsregierung hoffe, daß der Reichstag das in den nächsten Tagen vorzulegende neue Osthilfegesetz noch vor dem 31. März, dem Ablauf der jetzigen Notverordnung, verabschieden werde. Darüber hinaus müsse versucht werden, **die Entschuldung und Umschuldung auch den weiteren bedrohten Gebieten, Mecklenburg, ganz Pommern, weiteren Kreisen Brandenburgs und ganz Schlesien nutzbar zu machen.** Die Regierung hoffe, daß eine Erleichterung und damit Beschleunigung der Umschuldungsaktion in den Kleinbetrieben dadurch möglich sein wird, daß man

den Landräten bis zu 5000 Mark Darlehensverfügung im Einzelfalle und einen bestimmten Betrag als verlorenen Zuschuß aus dem sogenannten Betriebssicherheitsfonds zur alleinigen Entscheidung in die Hand geben kann.

Es werde notwendig sein, vor allem schnell zu arbeiten, da sonst eine Sanierung zwecklos sein dürfte.

Vertreter Vorpommerns bei Hindenburg.

Reichspräsident v. Hindenburg empfing am 12. Januar als Vertreter der Wirtschaft Vorpommerns Oberbürgermeister Heidemann (Stralsund), Handelskammerpräsident Dr. Beug (Stralsund), Uni-

versitätsprofessor Muhs (Greifswald) und Rittergutspächter Ruge (Ranzin). Die Abordnung trug dem Reichspräsidenten die Notlage, in der sich alle Zweige der Wirtschaft Vorpommerns befinden, und den Wunsch vor, **den Regierungsbezirk Stralsund in die Osthilfe einzubeziehen** sowie die Schutzmaßnahmen für die Landwirtschaft bald weiter fortzusetzen.

Endlich Umschuldung?

Im Hauptausschuß des Preußischen Landtages gab der Preußische Landwirtschaftsminister Dr. Steiger zu, daß in der Tat bedauerlicherweise bisher Umschuldungskredite im Rahmen der Osthilfe noch nicht zur Auszahlung gelangt seien. Die Gründe dafür hätten in erster Linie in den schwierigen Verhandlungen mit den Kreditinstituten gelegen. Erfreulicherweise sei in den letzten Tagen mit den maßgebenden Kreditinstituten eine Einigung erzielt worden, so daß mit der baldigen Auszahlung der Umschuldungsmittel gerechnet werden könne.

*

Die polnische Presse zur Kanzlerreise.

Die polnische Presse ist über die Kanzlerreise beunruhigt. Der „Kuryer Por.", ein Regierungsblatt, findet besonders drastische Ausdrücke über die gefährliche Reise. Er nennt die Kanzlerreise eine durch Begrüßungsreden der lokalen Behörden sorgfältig inszenierte und für das Ausland vorbereitete „Provokationsorgie". Die Antworten des Kanzlers sowie die gleichzeitige Veröffentlichung eines Artikels Höpker-Aschoffs über die Grenzrevision beweisen, daß es sich hier um ein pedantisch inszeniertes Schauspiel handle, das „von Haßwahn gegen Polen überschäumt". Diese „Krawallpolitik" stelle eine entschieden echte Wagnersche Ouvertüre zu dem allem dar, was sich mit Minister Curtius in der Heldenrolle nach dem Hochziehen des Vorhanges in Genf abspielen soll.

Drei polnische Militärflieger über Oppeln.

Am 8. Januar erschienen drei polnische Militärflugzeuge über Oppeln und kreisten etwa eine Stunde lang über der Stadt. Dann landete eines dieser Flugzeuge auf dem Exerzierplatz nahe den Militärschießständen der Reichswehr. Kurz darauf ging ein zweites Flugzeug auf demselben Platze nieder. Die Piloten, zwei Feldwebel in Uniform, wurden von der Schießplatzwache verhaftet und zur Vernehmung dem Reichswehrkommandeur zugeführt. Sie gaben an, sich auf dem Wege von Krakau nach Graudenz infolge des Schneegestöbers verflogen zu haben. (Oppeln liegt 60 km von der Grenze entfernt!) Die auch von der Landespolizei weitergegebene Meldung, daß es sich um eine versehentliche Grenzüberfliegung handle, findet in der deutschen Presse wenig Glauben. Allerdings ist die polnische Militärfliegerei alles andere als mustergültig. Die „Vossische Zeitung" erinnert daran, daß der Kommandeur der Fliegertruppen, Oberst Rajski, seinen Abschied nehmen wolle, weil er die weitere Verantwortung für das ihm anvertraute Material an Menschen und Maschinen nicht glaubt weiter tragen zu können. Doch ist das zeitliche Zusammentreffen des polnischen Fliegerbesuches mit dem Kanzlerbesuch in Oppeln zu auffällig, als daß man an einen Zufall glauben könnte. Die deutsche Gesandtschaft in Warschau ist angewiesen worden, schärfsten Protest gegen die neuen Grenzverletzungen durch polnische Flieger einzulegen. Die polnische Regierung hat in Berlin ihr Bedauern über diese neue Grenzverletzung aussprechen lassen.

Der dritte polnische Flieger, der in Oppeln nicht niederging, landete bei Rosenberg (O.-S.). Als der Flugzeugführer von den herbeigeeilten Landleuten erfuhr, daß er sich auf deutschem Gebiete befinde, bestieg er eiligst seine Maschine und flog in der Richtung Lublinitz weiter. Die Polizei aus Rosenberg kam am Landungsort erst an, als der Flieger schon wieder gestartet war.

Der Weg nach Genf.

Wie Curtius in Genf vorgehen will.

Das Reichskabinett hat am 13. Januar nachmittags die Vorberatungen über die Genfer Ratstagung unter dem Vorsitz des Vizekanzlers Dietrich abgehalten, da **der Reichskanzler sich auf seiner Ostreise eine Erkältung zugezogen hat und nach ärztlicher Vorschrift das Bett hüten muß.** Außenminister Dr. Curtius betonte nach einer offiziösen Auslassung: **Die deutsche Forderung geht dahin, den Minderheiten-Schutzvertrag**, der unter dem Protektorat des Völkerbundes abgeschlossen ist, voll zur Anwendung zu bringen. Keinesfalls wird man von deutscher Seite auf die polnischen Versuche eingehen, **die Minderheitsbeschwerden lediglich** als den Vorboten von **Aktionen zur Grenzrevision hinzustellen. Es geht für die deutsche Delegation um keine andere Frage als die Anwendung der** bei der Teilung Oberschlesiens abgeschlossenen Verträge, das heißt, um die Anwendung geltenden Rechts, nicht aber um die Abänderung der bestehenden Rechtsverhältnisse. Nach deutscher Auffassung handelt es sich in erster Linie um einen Konflikt zwischen dem Völkerbund und dem Völkerbundsmitglied Polen, das sich einer in Genf eingegangenen Verpflichtung entzogen hat. Im Kabinett hat sich über die vom Außenminister vertretene Auffassung der Genfer Aufgaben volle Einmütigkeit ergeben.

Die deutsche Delegation für Genf.

Die deutsche Delegation für die Genfer Tagung des Europa-Ausschusses und die Völkerbundsratstagung wird sich für beide Tagungen im wesentlichen aus denselben Persönlichkeiten zusammensetzen. Die Delegation steht, wie im September, unter der Führung des Reichsministers des Auswärtigen Dr. Curtius. Weiter gehören ihr an: Ministerialdirektor Dr. Gaus, Gesandter Freytag, Ministerialdirektor Ritter, Gesandschaftsrat Woermann, Geheimrat Frhr. v. Weizsäcker, Geheimrat Frowein, Geheimdirektor Posse vom Reichswirtschaftsministerium und Staatssekretär Weismann vom preußischen Staatsministerium, Geheimrat v. Moltke, Legationsrat Röbel, außerdem Ministerialrat Gürich vom preußischen Kultusministerium und Ministerialrat Rathenau vom preußischen Innenministerium. Für die Presseabteilung der Reichsregierung nehmen teil der Dirigent Geheimrat v. Kaufmann, Oberregierungsrat Heide und Konsul v. Saucken.

Noten an den Völkerbund.

Der Deutsche Volksbund in Kattowitz hat am 7. Januar an den Völkerbundsrat eine Eingabe wegen der Wahlzwischenfälle eingereicht. Auf etwa 90 Seiten werden die Ausschreitungen und Gewalttaten der Aufständischen gegen Angehörige der deutschen Minderheiten in den Monaten Oktober und November 1930 ausführlich geschildert und durch umfassendes Material dokumentarisch belegt. Nach der Beschwerdeschrift wurden in mehreren hundert Fällen strafbare Handlungen gegen das Leben, die Sicherheit und das Eigentum von Minderheitsangehörigen festgestellt. Außer den Aufständischen hätten sich auch polnische Beamte an den Ausschreitungen beteiligt. Vielfach seien schutzsuchende Minderheitsangehörige von den Beamten verächtlich behandelt worden. Weiterhin behandelt die Beschwerdeschrift ausführlich den Wahlverlauf und das Ergebnis der Wahlen vom November. In allen drei ostoberschlesischen Wahlbezirken hat die Deutsche Wahlgemeinschaft die Gültigkeit der Wahlen angefochten. Der **Völkerbundsrat wird gebeten, die polnische Regierung zu veranlassen, gegen die verantwortlichen Behörden geeignete Maßnahmen zu treffen und zu prüfen, ob die dem Verband der Aufständischen eingeräumte Sonderstellung aufrechterhalten werden** kann. Der Völkerbund hat die Eingabe als dringlich auf die Tagesordnung der nächsten Ratstagung gesetzt.

Der polnische Außenminister Zaleski hat eine Protestnote an das Generalsekretariat des Völkerbundes in Genf gerichtet. Diese Note geht auf die deutschen Protestnoten ein und sucht diese auf Grund eines zahlreichen Materials zu widerlegen.

Die Note versucht in ihrem ersten Teil den Nachweis zu führen, daß die deutschen Minderheitenbeschwerden nur ein kleiner Ausschnitt aus dem großen Gebiet der antipolnischen deutschen Politik seien. Man will offenbar den Eindruck erwecken, daß die deutschen Beschwerden nur Mittel zum Zweck der deutschen Ostrevisionspolitik und deshalb nicht ernst zu nehmen seien. Deshalb versucht man, in der polnischen Note die Dinge so darzustellen, als ob die allgemeine Nervosität in Ostoberschlesien während des polnischen Wahlkampfes lediglich eine Folge der angeblich verhetzenden Propaganda auf der reichsdeutschen Seite gewesen sei. Polen will also den Spieß einfach umdrehen und zum Gegenstoß übergehen.

Dem Völkerbundssekretariat wurde ferner eine Petition der ukrainischen Abgeordneten und Senatoren überreicht. In der Eingabe wird der Völkerbund um genaue Überprüfung der „Pazifizierungsaktion" gebeten, die im September und Oktober vorigen Jahres von der polnischen Polizei und der Kavallerie des 6. Divisionskommandos in Ostgalizien vorgenommen wurde. Der Völkerbund wird ferner um Schutz der ukrainischen Minderheit gebeten.

Der „Fall Golassowitz".

Der Polizeibeamte Schnapka, der bei dem Überfall der Aufständischen auf Golassowitz am Tage vor der Wahl von den Bauern erschlagen worden ist, ist der polnischen Regierung sehr gelegen gestorben. Seit Wochen ziehen Presse und Behörden in Polen aus der Tatsache, daß ein Polizeibeamter im Wahlkampf sein Leben eingebüßt habe, den Schluß, daß die deutsche Minderheit die eigentliche Urheberin der blutigen Vorgänge in Ostoberschlesien ist und daß es letzten Endes der polnische Staat ist, der gezwungen ist, sich gegen die Gewalttaten seiner fremdvölkischen Bürger zu schützen! Dem Nachweis der deutschen Schuld hat auch der Prozeß dienen sollen, der vom 7. bis 13. Januar vor dem Bezirksgericht in Rybnik stattfand. Angeklagt waren acht Bauern aus Golassowitz, die in der Nacht vom 22. auf den 23. November v. J. den Polizeibeamten Schnapka überfallen und erschlagen zu haben. Wie erinnerlich, hatten sich die Einwohner dieses Ortes, nachdem sie am Nachmittag des 22. November von einer der berüchtigten Knüppelexpeditionen des Aufständischenverbandes heimgesucht worden waren, zu gemeinsamer Abwehr eines zweiten, angekündigten Überfalles zusammengetan, zumal polizeilicher Schutz abgelehnt worden war.

Was in dem Prozeß zutage gekommen ist, ist folgendes: Zwei der Angeklagten geben zu, auf einen Mann, der ihnen in der Dunkelheit, ohne sich zu erkennen zu geben, entgegentrat und mit einer Taschen-

lampe ins Gesicht leuchtete, eingeschlagen zu haben in dem Glauben, einen der erwarteten und durch den Alarmposten angekündigten Aufständischen vor sich zu haben. Wie es sich später herausstellte, ist der Geschlagene der Polizeibeamte Schnapka gewesen. Die beiden Hauptangeklagten, der 60jährige Johann Kubla und der 43jährige Josef Watut, konnten, da sie das brutale Vorgehen der Aufständischen aus eigener Anschauung kannten, bei dem nächtlichen Zusammenstoß durchaus der Ansicht sein, in berechtigter Notwehr zu handeln. Das ist vom Gericht anerkannt worden. Sie sind also das Opfer einer allgemeinen Angstpsychose geworden; die eigentlichen Schuldigen sind nicht vor Gericht gebracht worden. Wenn die Aufständischen nicht ihre „Propagandafahrt" nach Golassowitz unternommen hätten, wäre es zu dem [illegible] Zwischenfall überhaupt nicht gekommen; und wenn der Wojewode Grazynski und der Gemeindevorsteher Dolezyk für die Aufrechterhaltung der Ordnung und für die Sicherheit der Bewohner, wie es ihres Amtes gewesen wäre, gesorgt hätten, anstatt die bewaffneten Banditen zu Gewalttaten gegen die Angehörigen der deutschen Minderheit zu ermuntern, dann hätten die Vorgänge in Golassowitz wie die mehreren Hundert anderen Fälle vermieden werden können.

Festgestellt worden ist weiter, daß die Verhafteten in Untersuchungshaft und bei der Vernehmung durch den Untersuchungsrichter durch Quälereien und Drohungen zu Geständnissen gepreßt worden sind, die sie vor Gericht, als der physische und seelische Zwang von ihnen genommen wurde, widerriefen. Mehrere Angeklagte berichteten darüber, wie sie in Untersuchungshaft tagelang ohne jede Nahrung gelassen und gezwungen wurden, auf zerkleinertem Koks vor einem glühenden Ofen zu knien, bis sie ohnmächtig zusammenbrachen. Sie wurden mit Kolbenschlägen und Fußtritten traktiert; mehreren wurde vom Untersuchungsrichter gedroht, sie würden außer den schon verwirkten fünf Jahren Zuchthaus noch weitere fünf Jahre erhalten, wenn sie ihre Beteiligung an der Tat ableugnen. Die Methoden von Brest-Litowsk sind auch hier angewandt worden, um durch erzwungene Geständnisse die Tätigkeit der polnischen Diplomatie in Genf zu erleichtern.

Das wichtigste Ergebnis des Prozesses ist, daß es sich in Golassowitz keineswegs um eine polenfeindliche Handlung der deutschen Bevölkerung gehandelt hat. Denn drei von den Angeklagten, darunter der Hauptangeklagte Kubla, haben sich zur polnischen Nationalität bekannt. Der polnische Versuch, mit den Vorfällen in Golassowitz die deutsche Minderheit zu belasten, ist also kläglich gescheitert. Es bleibt also von der ganzen, groß angelegten Entlastungsoffensive der polnischen Gerichte zugunsten der polnischen Politik nur übrig, daß ein Beamter seine Unvorsichtigkeit mit dem Leben hat bezahlen müssen, daß einige Männer, in begreiflicher Erregung [illegible] auf einen unerkannten Gegner eingeschlagen haben, der dann seinen Verletzungen erlegen ist. Aber die polnische Politik wollte ihre Opfer haben, um mit ihnen in Genf operieren zu können; die Hauptangeklagten Kubla und Watut wurden zu 1½ Jahren Gefängnis, ein weiterer Angeklagter zu 1 Jahre, vier weitere zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Ein Angeklagter wurde freigesprochen.

Verurteilung polnischer Terroristen.

Am 12. Januar fand **das erste Gerichtsverfahren gegen Aufständische, die sich Ausschreitungen haben zuschulden kommen lassen,** statt. Vier Aufständische wurden zu zwei, drei und sechs Monaten Gefängnis verurteilt wegen der schweren Mißhandlungen, die sie in der Gemeinde Wilcza, Kreis Rybnick, gegen einen 60jährigen Bauern verübt hatten. Nachdem sie in seiner Wohnung vergeblich nach Geld und Waffen gesucht hatten, haben sie ihn auf die Landstraße geschleppt, dort mit Erschießen bedroht, ihm dann erklärt, sie wollten ihn lieber mit einem Auto überfahren lassen, und nach dieser seelischen Folterung aufs schwerste mißhandelt, indem sie ihm Stockschläge auf die nackten Fußsohlen verabreichten, bis ihr Opfer bewußtlos im Straßengraben liegenblieb.

Polens „Friedenspolitik".

Außenminister Zaleski gab am 10. Januar dem Sejmausschuß für auswärtige Angelegenheiten einen ausführlichen Bericht über die allgemeine internationale Lage und die polnische Außenpolitik. Im Mittelpunkt dieses Berichtes stand die Erörterung und Befürwortung der vor zwei Tagen dem Sejm zur Annahme vorgelegten 87 Verträge, die die Regierung mit einer Reihe von Staaten abgeschlossen hat. Hierbei hob der Minister besonders 14 Handelsverträge hervor, die ihrer Wichtigkeit halber eine schnelle Erledigung verdienten. Es sind dies die Handelsverträge mit Frankreich, Deutschland, China, Portugal, Griechenland, Belgien, Spanien und anderen Staaten. Bezüglich des deutsch-polnischen Handelsvertrages erklärte Zaleski, „obwohl durch gewisse Verfügungen der Reichsregierung die ursprüngliche Grundlage des Vertrages geschmälert worden sei" (und die polnischen Zollerhöhungen?), lege die polnische Regierung den Vertrag dem Sejm doch zur Ratifizierung vor, da sie Wert darauf lege, die Normalisierung der wirtschaftlichen Beziehungen mit anderen Staaten herbeizuführen. (?) Unter den Abkommen, die vom Sejm in möglichst kurzer Zeit verabschiedet werden sollen, befinden sich auch die deutsch-polnischen Grenzabkommen, die den Transitverkehr durch Pommerellen regeln.

Zaleski hob weiter die Friedenspolitik Polens (!) hervor. Auf die allgemeine Weltwirtschaftskrise hinweisend, sah sich Zaleski mit einem deutlich erkennbaren Seitenblick auf Deutschland veranlaßt, zu erklären, daß die schlechte Wirtschaftslage gewisse Strömungen erzeuge, die die Tendenz verrieten, mit Hilfe politischer Mittel die bestehenden Verhältnsise auf Kosten anderer Staaten zu ändern. Diese Tendenzen seien „geeignet, die Welt in das größte Unheil zu stürzen".

Zum Schluß kam der Minister auf das Minderheitenproblem zu sprechen und erklärte, Polen werde sich jedem Versuch energisch widersetzen, die Rechte der Minderheiten „für anderweitige Zwecke und staatsfeindliche Aktionen auszuschlachten". Deutschland sei es, das diese Frage von der sachlichen Verhandlungsgrundlage auf das Gebiet einer allgemeinen politischen Aussprache übertragen möchte. Er zweifele daran, daß solche Versuche den Minderheiten dienlich sein könnten.

Polen lege gegenüber der antipolnischen Aktion Deutschlands „viel Geduld und kaltes Blut" an den Tag. (?)

Sühne für Neuhöfen.

Der blutige Grenzzwischenfall von Neuhöfen am 24. Mai v. J. hat jetzt vor dem Vierten Strafsenat des Reichsgerichts sein gerichtliches Nachspiel gehabt. Damals waren — wie erinnerlich — zwei polnische Grenzbeamte, die schon lange im Verdacht der Spionage standen, in der deutschen Zollbaracke bei Neuhöfen festgenommen worden. Sie hatten unter dem Schutz eines bewaffneten Trupps, der an der Grenze zurückblieb, die Grenze überschritten, um von einem Deutschen, der jedoch im Einvernehmen mit der Kriminalpolizei handelte, Spionagematerial in Empfang zu nehmen. Ihrer Festnahme setzten sie bewaffneten Widerstand entgegen. Der deutsche Kriminalbeamte Sander wurde von dem polnischen Grenzbeamten Adam Bindwzinski aus Czersk durch drei Schüsse verwundet. Zugleich wurde von der Grenze her ein heftiges Feuer auf die deutschen Beamten eröffnet. Der Begleiter Bindrzynskis wurde bei dem Zusammenstoß schwer verwundet; er ist kurz darauf seinen Verletzungen erlegen. Bindezynski selbst wurde verhaftet und vor das Reichsgericht gestellt. Er hat sich der fortgesetzten versuchten Spionage schuldig gemacht. Daß er als Beamter des polnischen Nachrichtendienstes tätig war, konnte ihm nicht zur Entlastung dienen. Er hat aus freiem Entschluß gehandelt, wie er selbst sagte, in der Hoffnung, für seine Tätigkeit einen hohen Orden zu erhalten. Sein Handeln war auf eine schwere Schädigung des Deutschen Reiches gerichtet. Dem entsprechend wurde er vom Reichsgericht wegen fortgesetzter versuchter Preisgabe militärischer Geheimnisse verurteilt. Ferner wurde verurteilt wegen versuchter Tötung (er hat in leichtsinniger Weise mit Menschenleben gespielt, einen deutschen Beamten verwundet und den Tod seines eigenen Kollegen verschuldet) und wegen Paß- und Waffenvergehens. Die Strafen wurden zu einer Gesamtzuchthausstrafe von 10 Jahren zusammengezogen unter Anrechnung von 7 Monaten Untersuchungshaft.

Aus der Bundesarbeit.

Landesverband Berlin-Brandenburg.

Der Heimatbund der Deutschen aus Bromberg und dem Netzegau, Ortsgruppe des Deutschen Ostbundes, hielt seine Weihnachtsfeier am 27. Dezember im Hotel „Nordischer Hof" ab. Sie war so gut besucht, daß zwei ineinandergehende Säle gefüllt waren, und verlief recht stimmungsvoll. Der Vorsitzende, Herr Bezirksdirektor Groschke, wies in einer herzlichen Ansprache auf die Not des Vaterlandes und auf die Zustände in der Ostmark hin, gab der Hoffnung auf bessere Zeiten Ausdruck und ermahnte zur Treue gegenüber der alten Heimat, um durch geschlossenes Eintreten aller, ohne Unterschied der Partei, für unser gutes Recht an der Rettung und Zurückgewinnung unserer alten Heimat mitzuwirken. Unter Leitung des unermüdlichen Herrn Krietsch fand dann unter dem strahlenden Christbaum die Einbescherung der Kinder statt, bei der Eva Maria Ginschel sehr ausdrucksvoll und ergreifend das Gedicht „Weihnachtliche Heimatklänge" von Friedrich Stolze vortrug, worauf Herr Groschke mitteilte, daß weiteren zwölf Mitgliedern des Vereins anläßlich ihrer 10jährigen Zugehörigkeit die Treunadel des Deutschen Ostbundes verliehen worden ist, die ihnen, soweit sie an-

wesend waren, mit ehrenden Worten überreicht wurde. Bundespräsident Ginschel beglückwünschte die mit der Treunadel ausgezeichneten Mitglieder namens des Bundespräsidiums, appellierte an die sprichwörtliche deutsche Treue der Bromberger und gab der Hoffnung Ausdruck, daß nicht nur die jetzigen Mitglieder dem Verein treu bleiben mögen, sondern die große Zahl der noch fernstehenden Bromberger in Berlin und außerhalb sich dem Verein zur Erreichung seiner großen Ziele anschließen möchten. Seine von weihnachtlichem Geiste und von festem Glauben an die Zukunft des deutschen Volkes erfüllten weiteren packenden und erhebenden Ausführungen wurden mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt und fanden am Schluß durch stürmischen Beifall allseitige Zustimmung. Herr Groschke ließ seine Dankesworte in ein Hoch auf den Deutschen Ostbund, dem er eine weitere segensreiche Tätigkeit wünschte, und auf Herrn Ginschel, ausklingen. Dann begann der gemütliche Teil, der die Erwachsenen noch lange in frohester Stimmung beisammen hielt.

Verein heimattreuer Ostrowoer zu Berlin e. V. Am 14. Dezember fanden sich im Spiegelsaal des „Wilhelmshof" die heimattreuen Ostrowoer zu einer schlichten Weihnachtsfeier zusammen, die mit dem „Weihnachtspotpourri" von Oskar Kant durch den neunjährigen Ostrowoer Heinz Günther Meyer, dessen Vater Kapellmeister bei den Barnowskibühnen in Berlin ist, eingeleitet wurde. Nach einem Prolog, gesprochen von der achtjährigen Hildegard Pienkny, gedachte Herr Paschke in packenden Worten der Weihnachtsfeste in der alten Heimat; er forderte die Kleinen auf, niemals der Heimat ihrer Eltern und Großeltern zu vergessen und sich später dafür einzusetzen, daß diese Heimat wieder deutsch werde. Er dankte den Kindern für ihre Mithilfe bei der Durchführung der Weihnachtsfeier und appellierte an die Erwachsenen, sich nicht von den Kindern beschämen zu lassen, sondern sich gleichfalls mit Rat und Tat in den Dienst der Heimatbewegung zu stellen. Darauf trugen Heinz Günther Meyer, Gerhard Sperber, Heinz Lorek, Heinz Mitschkowski und Liselotte Babst Gedichte vor. Ein Weihnachtsspiel wurde von den Geschwistern Ilse, Lene und Hilde Burkert und Ursula Babst ganz vorzüglich gespielt. Anschließend fand die Bescherung der Kleinen mit Spielsachen, nützlichen Gegenständen, Äpfeln, Nüssen usw. statt. Nachdem auch Geschenke an die Erwachsenen verteilt und die Kinder festlich bewirtet worden waren, folgte eine sehr niedliche Kinderpolonäse. Damit auch die Großen zu ihrem Rechte kamen, war für gute Tanzmusik gesorgt. Der bewährten Festleitung, den Herren Mauthe und Hartlinski, und Herrn Lorek, der für Ausschmückung des Saales gesorgt hatte, sei herzlichst gedankt.



Reichsbahnoberinspektor Blume, der Vorsitzende der Ortsgruppe Berlin-Süd

(Text siehe „Ostland" Nr. 1, S. 10.)

Die Ortsgruppe Köpenick hatte ihre Mitglieder und Freunde zu einer Weihnachtsfeier am 22. Dezember in den Räumen des Stadttheaters geladen. Nach dem Klavierstück „Die Domglocken in der Christnacht" hielt der Ehrenvorsitzende, Herr Wiedemann, eine herzliche Begrüßungsansprache; daran anschließend folgte ein Schneeflockentanz der Kinder. Ein Vorspruch, der Gesang des neugegründeten Chors und ein gemeinsames Lied leiteten die Festrede des Ehrenvorsitzenden ein. Das lebende Bild „Die Anbetung der Könige", gestellt nach dem Bilde im Kölner Dom, und die Weihnachtsgeschichte schlossen den ersten Teil der Veranstaltung. Während der gemeinsamen Kaffeetafel konnten etwa 30 Kinder und alte Mitglieder mit Gaben erfreut werden. Auch war es dem Verein möglich, aus eigenen Mitteln etwa 50 Personen (Erwachsene und Kinder) mit Kaffee und Kuchen zu bewirten. Alle Darbietungen waren dank der tatkräftigen Unterstützung der Vorsitzenden der Frauengruppe, Frau Rasmus und Frau Töpke, so recht dazu angetan, Weihnachtsstimmung und Weihnachtsfreude in unsere Herzen zu zaubern.

Landesverband Schlesien.

Die Ortsgruppe Liegnitz beging am 20. Dezember ihre Weihnachtsfeier im „Habsburger Hof". Durch die hilfsbereite Tätigkeit der Vorstandsdamen, Frau Graewe und Frau Richter, unterstützt durch Stobszahlmeister Friedrich, und dank der Opferwilligkeit der Vereinsmitglieder konnte 11 alten Frauen und Männern und 63 Kindern eine rechte Weihnachtsfreude bereitet werden. Gemeinsam gesungene Weihachtslieder, zu Herzen sprechende Weihnachtsgedichte leiteten die Feier ein. Studienrat Schwahn, der 1. Vorsitzende, hielt eine Ansprache, in der er auch der bedrückten Deutschen in Ostoberschlesien und Rußland gedachte. Dann erfolgte die Einbescherung der Kinder mit anschließender Bewirtung. Ein flott gespieltes Theaterstück „Märchentraum im Weihnachtswald" fand allgemeinen Beifall.

Landesverband Westfalen.

Die Ortsgruppe Castrop-Rauxel 4 (Ickern), veranstaltete im Gemeindegasthaus am 21. Dezember 1930 eine Weihnachtsfeier, zu der die Mitglieder mit ihren Familien vollzählig erschienen waren, so daß der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt war. Der 1. Vorsitzende der Ortsgruppe, Landsmann Menzel, begrüßte unter den Anwesenden ganz besonders den Geschäftsführer des Landesverbandes Westfalen, Herrn Kaufmann Breitenbach aus Wanne-Eickel. Nachdem die Hauskapelle mehrere Musikstücke vorgetragen hatte, folgten zwei Krippenspiele, und eine Reihe von Kindern sagt ihre Gedichte auf. Nach einem gemeinsam gesungenen Weihnachtslied und einer Ansprache des Ortsgruppen-Vorsitzenden hielt Herr Breitenbach die Festrede; er überbrachte die Grüße des Landesverbandes und schilderte das große Elend in vielen Flüchtlingsfamilien und die noch viel größere Not der Deutschen im abgetretenen Ostgebiet, für die wir Ostbündler in der großen Organisation des Deutschen Ostbundes mitkämpfen müssen bis zur Wiedergewinnung der Ostgebiete. Ganz besonderen Beifall erntete die 70 Jahre alte Landsmännin Frau Freund mit dem Vortrag eines zu Herzen gehenden Gedichtes. Aus kleinen Ortsgruppenmitteln und einer Spende des „Klöcknerwerkes" konnte die Bescherung durchgeführt werden. Noch lange musizierte die Hauskapelle und herrschte eine rechte Weihnachtsstimmung unter den Teilnehmern.

Landesverband Rheinland-Westfalen.

Die Ortsgruppe Dortmund II feierte am 20. Dezember im Lokal Siewers, Zimmerstr. 27, ihr diesjähriges Weihnachtsfest, bei dem nach einer Begrüßungsansprache des 1. Vorsitzenden 121 Kinder beschenkt werden konnten. Der 1. Vorsitzende konnte unter den Anwesenden auch einen Landsmann aus Posen, der in Dortmund zu Besuch weilte, begrüßen. Die Theaterabteilung der Ortsgruppe führte dann vier kleine Stücke auf, die starken Beifall fanden.

Die Ortsgruppe Wuppertal hielt bei reger Beteiligung ihre Weihnachtsfeier verbunden mit Bescherung der Kinder und bedürftiger Mitglieder ab. Der Vorsitzende dankte allen Wohltätern, gedachte der abgetrennten Volksgenossen, empfahl eine Sammlung für notleidende Deutsche jenseits der Grenze — Polen kennt keine Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützung für Deutsche — und sprach über die Raumnot des deutschen Volkes. Der Ostbundkalender wurde warm empfohlen. Die Ortsgruppe beging auch im letzten Jahr die Abstimmungsfeier. Von Mitgliedern wurde das ostmärkische Bühnenspiel „Der Wall" aufgeführt. Die Lehre daraus ist: Halte zu deinen Volksgenossen in guten und bösen Tagen! Die Abstimmung in Ost- und Westpreußen stellt den Ostmärkern, die Separatistenbekämpfung den Rheinländern ein gutes Zeugnis aus. Es folgten Lieder, Couplets usf. Alles erntete reichen Beifall.

Landesverband für beide Mecklenburg.

Die Ortsgruppe Schwerin hielt am 4. Dezember eine Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte der Vorsitzende die im letzten Monat beigetretenen Mitglieder. Der umfangreiche Geschäftsbericht brachte viel Wissenswertes. Die Ortsgruppe beabsichtigt, ihr zehnjähriges Stiftungsfest im kommenden Jahre als große öffentliche Kundgebung für den deutschen Osten zu feiern, zu der neben der Bundesleitung alle auswärtigen Ortsgruppen eingeladen werden sollen. Herr Nalewaya berichtete über die erneute Deutschenhetze in Polen. Schärfste Abwehr müsse gefordert werden. Bezeichnend seien die hochverräterischen Umtriebe des Polenbundes in Deutschland. (Fall Habandt in Ortelsburg!) Noch deutlicher sei der polnische Übermut in dem von dem polnischen Oberstleutnant Baginski im polnischen Kriegsministerium in Warschau geschriebenen Buch „Polens Zugang zum Meere" gekennzeichnet. Zum Schluß gab Herr Nalewaya das vom Deutschen Ostbund an den Völkerbund in Genf gerichtete Telegramm gegen die Polengreuel bekannt.

Landesverband Wasserkante.

Ortsgruppe Groß-Hamburg. Beim 10jährigen Stiftungsfest, das am 6. November im Gesellschaftshaus Vaterland, Altona, stattfand, begrüßte der Schriftführer, Herr Riedel, die Vertreter der Nachbargruppe Wilhelmsburg, des Vereins der heimattreuen Ost- und Westpreußen, der heimattreuen Oberschlesier, des Memellandbundes und des Vereins der Danziger. Redner gab einen kurzen Überblick über die Vorgänge, die zur Gründung der Ortsgruppe im Jahre 1920 Anlaß gaben, und über die Aufgaben des Bundes. Er gab einen Rückblick auf 10 Jahre Ostbundarbeit und einen Ausblick auf die zu lösenden weiteren Aufgaben der Ortsgruppe, insbesondere die Tätigkeit der Jungschar, die Beteiligung an den Arbeiten der Grenzlandskinderhilfe, soweit es sich um Aufnahme von deutschen Kindern aus dem abgetretenen Ostgebiet handelt, und das Hineintragen des Ostgedankens in die weiteste Öffentlichkeit Groß-Hamburgs. Nach gesanglichen Darbietungen durch die bewährte Liedertafel der Ortsgruppe folgte in feierlicher Form der Akt der Fahnenagelung durch den 1. Vorsitzenden, Herrn Fitzke (42 Fahnennägel). Recht eindrucksvoll gestaltete sich die Ehrung von 25 Mitgliedern der Ortsgruppe, denen Herr Fitzke die Ehrennadel überreichte. Der weitere unterhaltende Teil brachte eine Tanzvorführung von neun Damen der Ortsgruppe, einstudiert von Frl. Garbers, und ein Duett, vorgeführt von zwei Schülerinnen dieser Dame. Die Vorführungen, die lebhaftesten Beifall fanden, wurden wiederholt. Den Schluß des offiziellen Programms bildete ein Rüpelspiel, vorgeführt durch die im September gegründete Jungschar, das ebenfalls starken Anklang fand. Tanz, Tombola und Humor hielten Mitglieder und Gäste bis zu den frühen Morgenstunden zusammen.

Mitteilungen aus der ostdeutschen Heimat.

Persönliches.

Oberlehrer Arlt 60 Jahre alt.

Am 20. d. M. vollendet der Vorsitzende des Landesverbandes Freistaat Sachsen, Oberlehrer Berthold Arlt, Leipzig S 3, Kochstr. 98, sein 60. Lebensjahr. Er entstammt dem Süden der Provinz Posen. Seine Vorfahren, 1765 aus Schlesien (Riesengebirge) eingewandert, waren, abgesehen von seinem Vater, der ein angesehener Schneidermeister und Inhaber eines Garderobengeschäfts in Borek war, Landwirte. Nach dem Besuch der Präparandenanstalt Czarnikau und des Lehrerseminars Bromberg war er zunächst als Lehrer in Glisnica, einer Gemeinde mit Polnisch sprechenden evangelischen Deutschen, dann als Lehrer und Kantor in Adelnau tätig. Hier hat er nicht nur 2½ Jahrzehnte hindurch den deutschen Nachwuchs betreut und in deutschem Geiste erzogen, sondern auch im Wirtschafts- und deutschen Kulturleben von Stadt und Kreis eine hervorragende Rolle gespielt (Mitglied des Aufsichtsrats der Spar- und Leihbank, später ihr Direktor, Vertreter der deutschen Mittelstandskasse, Schriftführer des Landwehrvereins, Vorsitzender und Liedermeister des Männergesangvereins, Vorsitzender des Orts- und Kreislehrervereins, des Turn- und Radfahrvereins, Inhaber verschiedener Kirchenämter, Geschäftsführer des deutschen Vereinshauses). Das Studium seines Sohnes, jetzt Arzt in Kassel, veranlaßte ihn, nach seiner Verdrängung 1920 seine neue Heimat in Leipzig zu suchen. Dort ist er Mitbegründer der Ortsgruppe und des Landesverbandes Sachsen des Deutschen Ostbundes gewesen (1927—28 Vorsitzender der Ortsgruppe, seit 1926 Landesverbands-Vorsitzender). Der Bundesvorstand hat seine Verdienste um die ostdeutsche Sache durch Verleihung der „Silbernen Ehrennadel" anerkannt.

Die Mutter des Herrn Arlt, die verwitwete Frau Luise Arlt, früher in Borek, wird am 25. Januar 80 Jahre alt. Sie ist körperlich und geistig noch äußerst rüstig und hält sich zurzeit bei einem ihrer Söhne, dem Schneidermeister Gustav Arlt, Berlin SO 36, Wrangelstr. 83, I, auf.



Oberlehrer Arlt.

Tragödie einer Verdrängten-Familie.

In Angermünde hat sich in der Nacht vom letzten Sonntag zum Montag eine furchtbare Familientragödie abgespielt, durch die zwei ostmärkische Verdrängtenfamilien in Mitleidenschaft gezogen worden sind. Der 61 Jahre alte Kaufmann Roestel, seine Ehefrau Margarethe, die 39 Jahre alte Frau Elli Niemann, sowie deren elf Jahre alte Tochter Lieselotte wurden durch Gas vergiftet in der Roestelschen Wohnung tot aufgefunden. Frau Niemann war die verheiratete Tochter des alten Ehepaares. Die Tat wurde dadurch entdeckt, daß der Roestelsche Zigarrenladen Montag früh geschlossen blieb. Der Grund zur Tat ist in wirtschaftlicher Not zu suchen. Herr Roestel hatte früher in Posen, wo er eine Zigarren- und Tabakhandlung unterhielt, eine gute Existenz. Die Familie erfreute sich großen Ansehens. Das allseitige Vertrauen, das man in Herrn Roestel setzte, kam auch nach seiner Verdrängung dadurch zum Ausdruck, daß ihn die Ortsgruppe des Deutschen Ostbundes in Angermünde zu ihrem Vorsitzenden wählte. Er war ihr bis vor 2 Jahren ein treuer Führer. Trotz seines Fleißes, seiner Umsicht und Tatkraft konnte er wirtschaftlich nicht recht hochkommen. Dazu kamen familiäre Schwierigkeiten nach der Verheiratung seiner Tochter. Die letztere war in einem Geschäft in Angermünde angestellt. Wenn die Zeitungen berichten, daß sie aus dieser Stellung entlassen wurde, so ist das nicht richtig. Es war allerdings vielleicht mit ihrer Kündigung in den nächsten Wochen oder Monaten zu rechnen. Wie dem aber auch sei, der Hauptgrund für die furchtbare Tat, die Angehörigen von drei Generationen das Leben kostete, ist, wie so viele andere Katastrophen dieser Art, zurückzuführen auf die unsagbare Not der Verdrängten, die ihren hauptsächlichen Grund in dem schändlichen Verhalten der Polen gegen die Deutschen und in der völlig ungenügenden Entschädigung der Verdrängten durch das Reich hat. **Katastrophen wie diese sollten für Regierung und Reichstag ein Warnungssignal sein und ihnen das Gewissen schärfen, damit sie endlich durch eine bessere Entschädigung dem wirtschaftlichen, moralischen und physischen Zusammenbruch ehrenwerter Familien vorbeugen.**

Albert Wurche gestorben.

Im Posener Diakonissenhause starb der Rentier Albert Wurche aus Rawitsch. Der Verstorbene ist der Vater des bekannten Ernst Wurche, dem sein Freund, der Dichter Walter Flex, in seinem Buche „Der Wanderer zwischen zwei Welten" ein bleibendes Denkmal errichtet hat. Albert Wurche hat im kulturellen Leben der deutschen Minderheit in Polen eine große Rolle gespielt. Besonders verdient gemacht hat er sich um die Pflege der Heldengräber aus dem Weltkriege, deren er sich besonders angenommen hatte.

*

Geboren: Ein Sohn Herrn Hermann Niehoff in Buszewko, Bez. Posen.

Verlobt: Stadtsekretär Gotthard Breithaupt, Berlin, Badstraße 26, früher Wronke, mit Frl. Hertha Lentze in Pankow.

Silberne Hochzeit: Das Gutsbesitzer Bigaltzesche Ehepaar in Marienhof b. Pr.-Friedland am 12. 1.; Malermeister Richard Rattay und Frau Lieschen in Blomberg in Lippe, früher in Gnesen, am 28. 12. 1930.

Goldene Hochzeit: Das Besitzer Nawesche Ehepaar in Niesewanz b. Pr.-Friedland am 6. 1.

Bejahrte Ostmärker: Berthold Elwers in Stettin, Deutsche Straße 44, am 22. 1. 85 J. (Elwers, ein Mitkämpfer von 1866 und 1870/71, war jahrzehntelang Posthalter in Rakwitz, Krs. Bomst); Ww. Pauline Nandeko, geb. Pusch, früher Schubin, jetzt Berlin-Tempelhof, Friedrich-Wilhelm-Str. 92, am 17. 12. 95 J.; Ww. Ernstine Zechiel, geb. Gleichner, in Stralsund, An der Schleusenbrücke 17, früher in Hohensalza, am 19. 1. 80 J.; Altsitzer Ed. Birkholz in Buchholz, Krs. Dt.-Krone, am 5. 1. 90 J.; Frau Emma Hentschke, geb. Schädler, Forst (Lausitz), Koynscher Kirchweg 29, bei Goertz (früher Wollstein), am 31. 1. 70 J.; Kleinrentner Karl Oelschläger, Berlin-Charlottenburg, Spreestr. 2 (früher Lissa in Posen), am 20. 1. 67 J.; Bäckermeister Karl Petroll, früher Schwersenz, jetzt Duisburg-Beeck, Bruckhausener Str. 44, am 26. 12. 1930 70 J.; Gastwirt August Noetzel, früher Bromberg, jetzt Hamborn, Maxstr. 15, am 18. 1. 80 J.

Gestorben: Major a. D. Willy Hanken in Kokorzin, Krs. Kosten, am 7. 1.; Frau Marie Reimerdes, geb. Wessel, Krzyzowniki bei Gadki, am 30. 12., 82 J.; der frühere Besitzer von Gonsawy bei Samter Oskar Maager, Kolberg, Roonstr. 11, am 9. 1. infolge Herzschlages; Rentier Karl Wappler in Frankfurt a. d. O. am 5. 1., 66 J.; Eisenbahnzugführer i. R. Theodor Klemke in Frankfurt a. d. O. am 5. 1., 68 J.; Kaufmann Ernst Busse in Frankfurt a. d. O. am 5. 1., 51 J.; Mühlenbesitzer Julius Behrend in Buschdorf bei Frankfurt a. d. O. am 5. 1., 77 J.; Kaufmann Paul Kretzer in Frankfurt a. d. O. am 3. 1., 48 J.; Frau Rentiere Justine Brache, geb. Brauer, Görlitz a. d. O., am 2. 1., 72 J.; Rechnungsrat a. D. Fritz Retzig in Schneidemühl, der über 21 Jahre der Stadtverordnetenversammlung und 4 Jahre dem Magistrat daselbst angehört hat und Vorstandsmitglied des Deutschen Wohnungsbauvereins war, am 4. 1., 65 J.; Altsitzer Josef Kremin in Plötzmin, Bez. Frankfurt a. d. O., am 5. 1., 75 J.; Ww. E. Lehmann, geb. Wunderlich, in Frankfurt (Oder) am 5. 1., 77 J.

Aus der uns verbliebenen Ostmark.

Aus Westoberschlesien.

Schloßbrand in Tworkau. Am 9. Januar wurde das Schloß des schlesischen Grafen Sauerma-Jeltsch in Tworkau (Kreis Ratibor) durch einen Brand, der im Ostteil des Schlosses ausbrach, sich auf den Dachstuhl und den Schloßturm ausdehnte, teilweise mit wertvollen Kunstgegenständen und kostbaren Möbeln vernichtet. Der Schaden wird auf drei Millionen Mark geschätzt.

Wilder Bergarbeiterstreik in Oberschlesien.

In vergangener Woche brachen auf einzelnen Gruben des oberschlesischen Industriegebiets auf Betreiben der kommunistischen Organisationen Teilstreiks aus. Die Gewerkschaften lehnten den Streik entschieden ab. Notstandsarbeiten wurden überall verrichtet. Zeitweilig waren rund zwei Drittel aller oberschlesischen Steinkohlengruben mehr oder weniger stark vom Streik betroffen.

Aus der uns geraubten Ostmark.

Aus Posen.

Posen. Zwischen zwei Gruppen junger Burschen, die von einem Ball zurückkehrten, kam es in der Ritterstraße zu einer Revolverschießerei. Dabei wurde ein Buchdrucker durch einen Schuß getötet, sieben Personen erlitten mehr oder weniger schwere Schußverletzungen. Der Schauplatz der Tat sah wie ein Schlachtfeld aus. Die Schlägerei war beispiellos brutal vor sich gegangen.

Aus Westpreußen.

Keine deutschen Volksschullehrer in Konitz mehr.

Von den drei letzten deutschen Lehrern an der staatlichen Volksschule in Konitz sind ab 1. Januar zwei nach Kongreßpolen, der dritte in den Ruhestand versetzt worden. Vom 1. Juli ab darf keine Lehrperson mehr die Unterrichtserlaubnis am Konitzer Privatgymnasium erhalten, die nicht die polnische Sprachprüfung abgelegt hat.

Vortrag.

Herr Professor Dr. H. Großmann von der Universität Berlin hält am 22. Januar 1931 um 7½ Uhr im Harnackhaus in Dahlem einen Vortrag mit Filmvorführungen über das Thema „Der Bernstein in Kunst, Wirtschaft und Technik". Der Eintritt ist frei.

Diese Nummer umfaßt einschließlich der Beilage „Am ostmärkischen Herd" 16 Seiten.

Für die nicht von der Bundesleitung veranlaßten Anzeigen im Anzeigenteil kann eine Haftung nicht übernommen werden.



Ihre am 19. Januar 1931 in Frankfurt/Oder stattfindende VERMÄHLUNG zeigen hiermit ergebenst an

Helene Fischbach

Otto Neumann Obersteuersekr.

Frankfurt/Oder. Schwiebuser Str. 15 — Breslau. Opitzstr. 5 (fr. Rakwitz/Pos.)

Heute nachmittag 3 Uhr rief Gott der Herr meine liebe Schwester

Elise Viertel

im 64. Lebensjahre in die ewige Heimat.

Gertrud Viertel.

Pasewalk, den 3. Januar 1931. (früher Posen.)

Der **„Ostdeutsche Heimatkalender"** klärt auf über Lage und Entwicklung des gesamten Ostdeutschtums, er berücksichtigt besonders den am schärfsten umkämpften Teil der deutschen Ostfront, die uns von Polen geraubten Gebiete und die schwer notleidende uns verbliebene Ostmark. Er enthält viele künstlerisch hochwertige Abbildungen. — In den Aufsätzen bewährter Kenner des Ostens bietet er reiches Aufklärungsmaterial für jeden, der sich mit Ostfragen befaßt. In den Beiträgen bekannter Schriftsteller gibt er einen Ausschnitt aus dem literarischen Schaffen der Ostmark. Als wertvolle Waffe im Kampfe um die Heimat ist er nicht zu entbehren.

Deutscher Ostbund, Kulturabteilung, Bln.-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 43.

Ausschneiden! — Als Drucksache senden!

Bestellkarte.

Hiermit bestelle ich .... Stück

„Ostdeutscher Heimatkalender 1931"

zum Preise von 1,50 Mark, als Ostbundmitglied 1,20 Mark je Stück.

Bezahlung erfolgt: 1. durch Nachnahme, 2. durch Postanweisung, 3. durch Postscheck (Nichtzutreffendes bitte durchstreichen.)

Name: ....

Wohnort: .... Poststation: ....

(Name und Poststation genau ausfüllen.)

Verwertung von
Entschädigungs- und Schuldbuchforderung.

Beratung,
Vorschüsse,
Beleihung

Ankauf zu höchsten Kursen und schnellstens durch

Ostmärker-Aufbau G.m.b.H.
jetzt: Berlin W 9, Potsdamer Str. 22 B, II
Telephon: B 1 Kurfürst 2775.

Ein
Landhaus
a. d. Chaussee u. Stadt im Kreise Liegnitz gel., 5 Min. von der Bahn, 9 Zimmer, Küche, Balkon, Keller, Garten u. Beigelaß, Wohnung frei, ist sofort erbth. zu verkaufen. Agenten verbeten. Nähere Auskunft erteilt
Winkler, Jschereh, Lüben-Land.

Rentenstellen in Mitteldeutschland

zum 1. 3. und 1. 4. 31.

Gutshaus-Rentenstelle mit 100 Morgen

soliden Wohn-, Wirtschaftsgebäuden und Feldscheune, 9 Wohnräumen, Wasserversorgung, Bad, elektr. Licht und Kraft, teilweise sofort beziehbar,

ferner einige

Rentenstellen mit 35 bis 70 Morgen

alle Höfe in Kirchdorf mit Bahnstation, Schule und Gen.-Molkerei, gut aus- und neugebauten ausreichenden Gebäuden, ¼ Wiesen bzw. Weiden und ¾ Acker in gutem Kulturzustand, größtenteils Weizen- und Rübenboden, im Flachlande am Dorfe und an Chausseen gelegen, verkauft

Rittergut Klein-Wusterwitz, Bez. Magdeburg

Buchbinderei
mit Ladengeschäft, alter treuer Kundschaft, beste Lage Charlottenburgs, 23 Jahre in einer Hand, soll mit tauschloser geräumiger 3-Zimmer-Wohnung verkauft werden. Grund: Inhaber vor 4 Jahren gestorben, für betagte Witwe zu schwer. Nähere Auskunft durch
JuliusDevantier
(früher Posen),
Berlin SW 11,
Stresemannstraße 38,
Tel.: Bergmann 1903.

Sichere Existenz!
Weg. Todesf. gut eingerichtete
Gärtnerei
3 Morgen, mittl. Badestadt Mecklenburgs (12000 Einwohner) bei 8000—10000 M. Anzahlung zu verkaufen, resp. zu verpachten. Näheres
A. Puls, Waren-Müritz
Güstrower Straße 50.

Seltene Gelegenheit!
Verkaufe meine sehr günstig am Vorortbahnhof Kassel gelegene
Gastwirtschaft mit Fremdenzimmer
großem Saalbau, Kegelbahn, Garten, Stallung, Autounterstände (im Nebenbetrieb für Hausschlachterei und Kolonialwarenhandlung geeignet) bei größerer Anzahlung preiswert! Nur ernsthafte Angebote unter 628 an das Ostland erbeten.

In unserem **Haus Ostland-Vetschau am Spreewald,** unweit Cottbus, hat am
1. Januar 1931 ein 3monatlicher
hauswirtschaftlicher Lehrgang
begonnen.

Der Pensionspreis einschl. Lehrgeld beträgt 65,— M. monatlich.

Es werden noch einige Schülerinnen aufgenommen.

Anfragen sind zu richten an den
Deutschen Ostbund e. V.
Berlin-Charlottenburg 2,
Hardenbergstraße 43.

Dauerexistenz!
Gutgehendes **Milch- u. Lebensmittelgeschäft** sofort zu verkaufen. Schuldbuchforderungen werden in Zahlung genommen. Ang. unt. 637 an das Ostland erbet.

Wer kennt
die Anschrift des Herrn **Dorgeist, frh. Weißenhöhe, später Bromberg?** Freundliche Zuschriften erbeten an
Paul Klemm, Erfurt,
Auenstraße 13.

Schokoladen- u. Südfrucht-Geschäft
beste Lage am Ring, nachweisl. gut. Umsatz, modern eingerichtet, in größerer Stadt Mittelschlesiens, weg. Doppelbesitz bald zu verkauf. Erforderl. ca. 6000 bis 8000 M., evtl. steht sehr schöne Wohnung zur Verfüg. Off. unt. 625 an das Ostland erbet.

Damen- u. Herren-Friseur-Geschäft
Ostseebad Kolberg
7 Bedienungen, mit Wohnung, fortzugshalber zu verkaufen. Angebote unter 629 an das Ostland erbeten.

Im Rentenguts-Verfahren haben wir in Brandenburg, Schlesien und Westpreußen noch einige
Bauern-Wirtschaften
in Größe von 40—80 Mg. und auch kleinere Stellen frei. Außerdem werden bereits jetzt **Voranmeldungen** auf zahlreiche weitere Siedlerstellen, welche 1931 mit Ernte und Inventar übergeben werden, entgegengenommen. Bei Eigeninventar nur geringe Anzahlung. Langfristige niedrige Resthypotheken, meist 1 Freijahr.

Auskunft kostenlos durch die
Deutsche Ansiedlungsbank
Berlin-Halensee,
Seesener Straße 30.

Mitglieder!

Bedient Euch nach Möglichkeit Eurer Organisation und ihrer Einrichtungen.

1. Geschädigtenhilfe
Diese Abteilung hilft den Mitgliedern bei der Verwertung ihrer **Schuldbuchforderungen** und bei allen damit zusammenhängenden Angelegenheiten.

2. Versicherungsstelle
des Deutschen Ostbundes. Sie vermittelt alle Versicherungen zu günstigsten Bedingungen.

Deutscher Ostbund e. V.
Berlin-Charlottenburg 2,
Hardenbergstr. 43. Tel. Steinpl. 8031.

Herrenartikel-geschäft
in lebhafter Straße Berlins preiswert zu verkaufen. Offerten u. 635 a. d. Ostland erb.

Landhaus
in Schles., 3 Zimmer, Küche, Keller, Stall u. Schuppen, ca. 1½ Mg. Obst- u. Gemüsegarten, Gebäude massiv und fast neuwertig. Preis 5500 M. bei 3000 M. Anzahlung, ist bald wegen Doppelbesitz zu verkaufen und zu beziehen. Näheres bei
Paul Kleinert, Jschereh
Kr. Lüben i. Schles.

Fleischerei
auch pacht. für Engrosschlächterei und Viehhandel, sofort zu verpachten. Angeb. unt. 621 an das Ostland erbeten.

Zinshäuser-Besitzer,
43, l., chr., w. verm. Heir.
Off. u. 570 a. d. Ostl. erb.

Möbeltransporte
in Berlin und nach außerhalb per Bahn Automobilwagen, Wohnungstausch, Lagerung



Berlin W 30, Nollendorfplatz 7, Sammeln.: B 7, Pallas

Ostländer!
Unterstützt die Heimat!

Deckt Euren Bedarf an **Tafelbutter,** jeden Morgen taufrisch, an **Tilsiter Käse,** vollfett u. halbfett, an **Landbutter,** im Preise billiger, in Postpaketen unter Nachnahme frei Haus von der
DampfmolkereiEngelstein,
Krs. Angerburg (Ostpr.).

Optiker Stephan
Berlin SO, Schlesische Straße 39-40
Telephon: Oberbaum 4273
Kostenlose Augenuntersuchung
Fachmännische Bedienung
Reparaturen sofort
Eig. Werkstatt im Hause
Lieferant für Krankenkassen
Mitglied der Ortsgruppe Berlin-Ost

Preuß. Staats-Lotter[ie]
Lose 5. Kl. **Haupt-Ziehun[g]**
vom 9. Februar bis 14. M[ärz]
Zu haben bei **Staatl. Lotterie-Einneh[mer]**
Siwinna, **Berlin W 3[5]**
Potsdamer Str. 11[6a]
Ecke Lützowstraße
früher in Kattowitz, O./S. Tel. Lützow 368[6]

Verlag: Deutscher Ostbund E. V., Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 43 — Fernruf: Steinplatz 8031 — Postscheckkonto: Berlin 104[726].
Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Krebel, Berlin-Friedenau. — Druck: Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW, Zimmerstraße [7/8].

Am ostmärkischen Herd

Unterhaltungsblatt zu der Wochenschrift „Ostland“

Herausgegeben von Emanuel Ginschel und Dr. Franz Lüdtke
Verlag Deutscher Ostbund E. V., Berlin-Charlottenburg

Nr. 2 | **Berlin, den 15. Januar** | **1931**

Der Herr der Scholle.*)

(8. Fortsetzung.) Roman aus der Zeit des letzten polnischen Aufstandes. Von **Otto Boris.**

„Wenn ich tanzen könnte, ginge ich gewiß schon hin. Aber mit meinem zerschossenen Knie wird es nicht gut möglich sein.“

„Tut Ihnen das Bein noch weh?“ fragte Erna sanft.

„Das gerade nicht,“ kam's zögernd zurück.

„Ei fein,“ rief Friedel. „Dann wollen wir mal gleich versuchen, ob es für den Hausgebrauch noch geht.“ — Röhrich wurde rot. — „Ach was,“ sagte sie. „Wenn Sie sich immer zurückziehen, dann werden Sie vergrämt. Morgen brauchen Sie sich ja nicht auf dem Saal zu bewegen. Aber heute unter uns können wir lustig sein. — Erna, du spielst mal gleich einen Walzer. Da kann sich Herr Röhrich im Zweischritt versuchen.“

„Die Schwester hat recht,“ fiel Erna ein, „Sie dürfen nicht immer an ihre Verwundung denken. Sie haben gar keinen Grund, Ihren Fehler zu verbergen. Es ist doch eine Ehre, seine Gesundheit für das Vaterland zu lassen.“

„Kinder treibt es nicht zu bunt,“ warnte Lohmann. „Sonst zieht unser Gast gleich wieder aus.“

„Die Polen behaupten, 200 000 der Ihren auf dem Schlachtfeld gelassen zu haben. Sie nehmen also die Ehre in erhöhtem Maße für sich in Anspruch,“ warf Röhrich ein.

„Die Zahl mag wohl stimmen, leider sieht sie, bei Licht betrachtet, etwas anders aus. Mit den 200 000 meinen sie alle, die aus den Ländern gefallen sind, die sie jetzt für das großpolnische Reich in Anspruch nehmen. Davon ist mindestens die Hälfte deutsches Blut. Der Pole ist kleiner von Gestalt und erreicht nicht so oft das Militärmaß als der Deutsche.

Wenn man also genauer zusieht, kommen zwei deutsche Soldaten auf einen Polen. Die Verlustliste wird sich ungefähr ebenso zusammensetzen. Das ist wieder mal so ein echt polnisches Stückchen, den Leuten Sand in die Augen zu streuen. Es kommt darauf hinaus, daß die Polen die Verdienste der Deutschen dazu benutzen, sie aus dem Lande zu ekeln.“

Die Mädel aber wollten von politischen Gesprächen nichts hören, sie hatten Ballfieber.

Friedel zerrte den Lehrer ins Nebenzimmer. Der Versuch mißlang aber, denn Röhrich stellte sich mit Absicht unbeholfener an, als er war. Es erschien ihm wie eine Groteske in dieser wilden Zeit und mit einer solchen Verwundung zu tanzen. Seufzend gab ihn Friedel frei.

Bald saß er dafür am Klavier, spielte einen flotten Walzer, und die Mädchen tanzten untereinander.

Lohmann war auf den Hof gegangen, und das vergnügte Idyll in der Stube wurde bald unterbrochen. Es klopfte, und der Förster trat ein: „Kann ich den Herrn Gemeindevorsteher sprechen?“

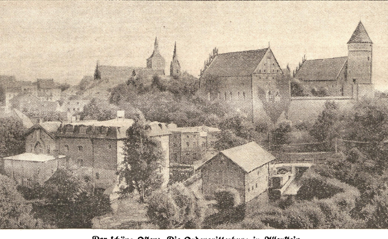
*) **Allen neu hinzugetretenen Beziehern wird auf Wunsch der Anfang dieses Romans, soweit der Vorrat reicht, bei Abholung kostenlos nachgeliefert, nach auswärts mit der Post gegen Einsendung von 20 Pf. zugesandt.**

Friedel huschte davon, um den Vater zu rufen. Erna bot dem Gast einen Stuhl an. Doch dieser blieb stehen und trat unruhig hin und her.

Endlich rückte er mit der Sprache heraus: „Da draußen steht noch ein Herr, den ich unterwegs getroffen habe. Ich möchte ihn gern auch hereinholen.“ Aber ehe Erna die Tür erreichte, um den Fremden zu nötigen, stand der Vater mit ihm in der Stube.

Der Fremde trug einen Wanderanzug, Rucksack und einen derben Knotenstock. Doch sein Gesicht verriet den Menschen der besseren Stände.

Die Mädchen stutzten, denn er kam ihnen so bekannt vor. „Kennt ihr Gruskos Karl nicht mehr?“ fragte der Vater lachend.



Der schöne Osten: Die Ordensritterburg in Allenstein.

Es erfolgte eine herzliche Begrüßung. Der Förster aber ging, ohne sich aufzuhalten, auf sein Ziel los: „Darf ich sprechen? Sind wir hier sicher? — Also ich bin heute gegen Morgen überfallen worden. Im eigenen Hause überfallen!“ knirschte er. „Rechtzeitig kläffte Männe, der seit jener ersten Schießerei ständig auf der Hut ist, so daß ich die Kerls gewahr wurde, ehe es zu spät war. Es wimmelte auf dem Hofe von dunklen Gestalten.

Ich schlafe in dieser Zeit fast stets in Kleidern, also war ich schnell fertig. Ich weckte das Mädchen. Meine Frau zog sich unterdessen die Schuhe an, warf den Pelz über und nahm die Kleider unter den Arm. Dann schlüpften wir durch die Falltür in den Keller. Wir wollten durch den Ausgang, durch den sonst die Kartoffeln hineingetragen werden, ins Freie entwischen.

Aber ich hatte in der Eile den Schlüssel zur Tür vergessen und mußte noch einmal zurück. Eben schlugen sie die Haustür mit einer Axt ein. Wie ich die Falltür zuklappen ließ, drangen sie ein.

Das aber war gerade unser Glück; denn nun befand sich niemand mehr auf dem Hofe. Nur auf der Zufahrtstraße stand eine Wache. Die anderen Strolche lärmten und tobten im Hause. So erreichten wir über den Hof den Wald.

Die beiden Frauen froren. Es war windig und kalt und regnete unaufhörlich, sie aber hatten nur die Mäntel über dem Hemde. Den Männe hatte meine Frau unter dem Pelz, damit er nicht bellen sollte. Vom Walde sahen wir, daß die Banditen das ganze Haus mit Licht durchstöberten.“

„Das ist ja entsetzlich“, sagte Lohmann.

„Nun haben sie glücklich die beiden Beamten des Dorfes hinausgeekelt“, meinte Röhrich mit grimmer Ruhe. „Wo steckt aber jetzt Ihre Frau?“

„Ich habe sie in einer Wildhütte untergebracht. Sie verfiel in Weinkrämpfe und ist so verstört, daß sie keinen Schritt weiter zu bringen ist. Das Mädchen ist bei ihr. — Wie es hell wurde, pirschte ich mich vorsichtig an das Haus heran. Es war leer. Die ganze Wohnung war jedoch ausgeplündert.

Ich konnte in der Eile nicht feststellen, was die Räuber vernichtet und was sie gestohlen hatten. Die Räucherkammer hatten sie nicht entdeckt. Es hing noch alles darin. Auch etwas Brot fand ich. Ich

raffte alles zusammen und wickelte es in die Pelzdecke, die im Schlitten lag, versorgte schnell das Vieh und brachte meine Beute auf Umwegen zu meiner Frau.

Mein nächster Weg führte zu Grusko. Ich dachte daran, daß er schon einmal mit den Banditen aufgeräumt hatte und hoffte, er könnte mir auch diesmal helfen. Ich fand ihn aber nicht zu Hause. Seine Frau wußte auch nicht, wo er war. Als ich ihn auf den anliegenden Gehöften nicht fand, ging ich hierher. Auf dem Wege traf ich diesen Herrn. Auch er sucht seinen Vater."

Karl Grusko legte den Finger an den Mund: „Meine Herren, niemand darf mich kennen. Ich habe vom Generalkommando den Auftrag, mich persönlich über die Verhältnisse hier zu unterrichten. Das G.-K. ist der Ansicht, daß gerade in der Zone, in welcher unser Dorf liegt, Ansammlungen polnischer Insurgenten stattfinden. Darum hat es mich für geeignet gehalten, in Zivil aufzuklären.

Gern hätte ich meinen Vater gesprochen, der uns den ersten Bericht über die hiesigen, unhaltbaren Zustände zukommen ließ. Leider war er nicht zu Hause. Meine Mutter und Bruder Gustav haben auch keine Ahnung, wo er steckt. Ich hoffte, ihn beim Herrn Förster zu finden. Auch da wurde ich enttäuscht. Vielleicht wissen Sie etwas, Herr Lohmann? In dieser kritischen Zeit müßten die Deutschen doch eigentlich so zusammenhalten, daß einer über den Verbleib des anderen unterrichtet ist. Wie leicht kann einer verschwinden, ohne daß man erfährt, was mit ihm geschehen ist."

„Leider hat Ihr Herr Vater seine besonderen Wege. Kein Mensch kann sagen, was er denkt und was er vorhat. Aber wenn Sie ihn nicht eher treffen sollten, so finden Sie ihn morgen bestimmt auf dem Tanzfest bei Soyka."

Karl lachte hell auf: „Mein Vater auf einem Tanzfest, das ist mir noch nicht begegnet!"

„Ich muß Ihnen beipflichten. Ich verstehe den ganzen Rummel auch nicht. Aber Ihr Herr Vater hat das ganze Dorf zu einem Feste eingeladen, und da mag er wohl seine Gründe haben; denn daß er sich verlustieren will, ist wohl kaum anzunehmen. — Nun aber wollen wir zunächst den beiden Frauen im Walde Hilfe bringen. Es ist doch kein Sommertag, daß man sie halbbekleidet in einer Scheuer sitzen lassen kann."

„Es ist leider die Frage, wo ich nun mit Ihnen hin soll?" fragte Anschütz.

„Sie kommen zu mir," sagte der Gemeindevorsteher, „und wenn ich das ganze Haus voll Vertriebener haben sollte. Sie sind Deutscher und damit basta! Wilhelm!" schrie er durchs Fenster, „spann sofort den Landauer an, aber ein bißchen dalli!"

„Herr, sull ik Sei man wat vertellen?"

„Jetzt ist keine Zeit dazu."

„Nein, denn nich; aber die Trina seggt: Einer is all dot!"

„Was, wer ist dot!"

„Nun, einer von die Spitzbauwen. Di Lüd hebb em all up den Kirchhof treckt. Sei funnen em am Weg no Grudzisko. Sei seggen all, hei wör mitten dörch dat Hart schoten."

„Was erzählst du da?"

„Ick hebb nichts seggt. De Trina hett dat alles seggt. Nu können Sei ehr man fragen, ob sei nichts upgebracht hett. — Wo fohr wi denn henn?"

„Schick die Trina rauf!"

Trina kam. Sie war eine dunkelhaarige Polin mit flinker Zunge. Mit lebhaftem Geschnatter berichtete sie eine Geschichte von einem erschossenen Fremdling, den der Herr Amtsvorsteher im Leichenschauhause hat aufbahren lassen.

Die Männer sahen sich verwundert an. „Das fängt gut an", sagte Lohmann.

Bald stand der Wagen vor der Tür. Der Förster, Karl und Lohmann sprangen hinein. Röhrich blieb „das Haus hüten". In scharfem Trabe ging's dem Walde zu.

Da die Insassen bewaffnet waren, fühlten sie sich an Tage vor einem Überfall sicher. Es war anzunehmen, daß sich die Banditen nicht in ein Feuergefecht einlassen würden.

Der Förster lenkte. Auf einem kleinen Waldwege machte er halt. Nicht weit davon war die Wildhütte. Es war ein Bretterschuppen, der nur von drei Seiten geschlossen war. In diesem wurde das Gras der angrenzenden Wiese für die Wildfütterung im Winter aufbewahrt.

Auf das Rufen des Försters erhoben sich aus dem Heu zwei vermummte, kaum erkennbare Gestalten. Die eine richtete sich vollends auf und lief auf den Förster zu, klammerte sich an seinem Halse fest, während sie in unartikulierte Heultöne ausbrach. Es war die unglückliche Frau, deren Nerven durch die letzten Ereignisse vollkommen zerrüttet waren.

Frau Anschütz weigerte sich, ihren Zufluchtsort zu verlassen. Sie wollte nicht mehr in ihr Haus zurückkehren. Sie begann zu schreien, sobald man nur etwas davon erwähnte. Zuletzt jedoch siegte das ruhige Wesen Lohmanns und die sichere Haltung Karls.

Sie fuhren zum Forsthaus. Dort wollten sie sehen, was die Banditen angerichtet hatten.

Ein seltsamer Anblick wurde ihnen zuteil. Mitten auf dem Hofe stand auf seinen Stock gestützt mit Flinte, Rucksack und Fernglas der alte Grusko, als wenn er der Herr des Waldes wäre.

Verwundert traten die Männer an ihn heran. Er begrüßte sie flüchtig. Als er seinen Sohn sah, winkte er ihn abseits. Während er mit ihm auf der Straße vor dem Hause hin und her schritt, gingen die andern hinein.

Die Banditen hatten furchtbar gehaust. Doch mußten sie irgendwie in ihrer Tätigkeit gestört worden sein; denn alles deutete auf einen eiligen Aufbruch hin.

Sie hatten es sich in der Küche bequem machen wollen. Es lag Geschirr herum, das verriet, daß sie einen Braten hatten anrichten wollen. Der Braten selbst war freilich verschwunden. Dafür aber hätten sie den Kaffee nicht mitnehmen können. Er stand in einer großen Blechkanne auf dem Herde.

Frau Anschütz packte die Dinge ein, die sie für den Augenblick am notwendigsten brauchte. Die Magd half ihr dabei.

Anschütz aber stand wie geistesabwesend im Zimmer. Er konnte es nicht fassen, daß man es wagte, einen preußischen Förster mitten in seinem Revier in der eigenen Wohnung anzugreifen. Seine Begriffe von Staat und Welt gerieten bedenklich ins Schwanken.

Lohmann hatte sich nachdenklich seine Pfeife angezündet und schwieg. Die Zukunft stieg unheimlich, drohend wie ein Gespenst vor ihm auf.

Soviel er auch sann, vermochte er keine Hilfe zu entdecken.

Eines quirlte in seinem Hirn: „Sie machen Revolution im Reiche, und hier zerreißt man dem Lande die Grenzen, stiehlt dem Volk, das bereits vor dem Kriege zu wenig Land hatte, den letzten Zoll unter den Füßen fort. In Berlin reitet man Prinzipien, und hier schlägt der Fremde rücksichtslos mit der Faust ins deutsche Gesicht. Er bespeit den Staat, während die, die ihn vertreten sollen, es sich überlegen, ob die Besudelung zu Recht geschieht."

Das leise Schluchzen der Försterfrau, die manchen Scherben tränenden Auges zusammenpaßte, unterbrach allein die Stille.

Da erschien Grusko. Er war gleichmütig ernst wie sonst. Er beabsichtigte, die Unglücklichen auf andere Gedanken zu bringen und begann zu erzählen, wie er das Gehöft gefunden habe. Kein Mensch habe sich sehen lassen. Das Vieh stand vor vollen Krippen. Die zertrümmerte Haustüre aber sagte ihm, daß ein Überfall stattgefunden hatte.

Da suchte er zunächst nach Spuren eines Kampfes. Doch außer der eingeschlagenen Tür hätte nichts auf eine Gewalttat hingewiesen. Nun wußte er, daß sich der Förster mit den Seinen rechtzeitig in Sicherheit gebracht hatte. So hatte er denn Muße genug, den Spuren der Räuber zu folgen.

„Ackerknechte und Fabrikarbeiter waren es", sagte der Alte wegwerfend, „die vom Walde keine Ahnung hatten." Tiefe Fußspuren, weggeworfene Zigarettenhülsen, zerknickte Äste, Fetzen Papier wiesen den Weg so deutlich, daß ihn ein Blinder mit dem Stock fühlen konnte.

Dann hatten sie sogar Knochen vom Braten fortgeworfen. Bindfäden, Brotstückchen, sogar ein Stiefel wiesen ihm die Richtung, die der Pulk eingeschlagen hatte. Sie führte nach dem Torfbruch Nadzinskis.

Da wußte Grusko Bescheid. Dort stand zwischen dünnen Birkenstämmchen auf abgetorftem Gelände in wogenden dürren Schilfkolben ein Torfhaus, das der Herr von Nadzirowko zuweilen auch als Jagdhütte benutzte.

Grusko ging straks auf das Häuschen zu. Es war kein Mensch in der Nähe zu sehen. Nicht einmal eine Wache war aufgestellt. Die Bande mochte sich allzu sicher fühlen.

So riß er, ohne zu zögern, die Tür zum Schuppen auf, und vor ihm lag das Banditennest, wie ein Kehrichthaufen, den Elstern und Raben zusammenzuschleppen pflegen. Auch Gewehre und Munition lagen herum. Die Bewohner waren offenbar zur Beerdigung ihres Kameraden gegangen.

Nun wurde es dem Alten klar, warum sie so schnell aufgebrochen waren. Es hatte ihnen jedenfalls jemand die Neuigkeit hinterbracht, daß einer der Ihren tot am Wege nach Grudzisko liege.

Grusko überlegte nicht lange. Eine bessere Gelegenheit, den Kerlen einen Streich zu spielen, gab es nicht.

Zunächst sucht er alle die Sachen heraus, von denen er annahm, daß sie dem Förster gehörten. Dann versteckte er sie ein Stück davon in seinem eigenen Walde. Die Munition warf er in ein Torfloch. Schwappend verschwand sie, um nicht wieder zum Vorschein zu kommen.

Zuletzt steckte er den Schuppen in Brand. Als die morschen Bretter lustig aufflammten und der Torf, der in der Hütte lag, Feuer gefaßt hatte, war Grusko zum Forsthause zurückgekehrt in der Hoffnung, daß sich Anschütz zu guter Letzt doch noch nach Hause wagen würde.

„Wenn Sie Ihre gestohlenen Sachen haben wollen", wandte er sich direkt an Anschütz, „so können Sie den Kram gleich holen."

„Wo bringen wir sie aber hin?" fragte Anschütz melancholisch.

„Nur nicht auf ein einzige Stelle", war die Antwort. „Sie werden sich jetzt rächen wollen und könnten vielleicht das Gehöft anzünden, in dem Ihr Zeug liegt. Das beste ist, Sie verteilen Ihre Sachen auf ein paar gute Freunde. Sie werden mit Bestimmtheit annehmen, daß Sie ihnen den Streich gespielt haben. Ich kann aber doch nicht gut hingehen und sagen, daß ich es war."

„Um Himmels willen", riefen die andern. „Mögen die Schufte sich nur ruhig den Kopf zerbrechen, wer es war!"

Frau Anschütz kam mit dem Packen nicht zurecht. Alles brauchte sie. Nichts wollte sie zurücklassen.

Endlich machte Lohmann den Vorschlag, auf dem leichten Wagen vorderhand nur das mitzunehmen, was Grusko aus dem Schuppen gerettet hatte, weil das unzweifelhaft das Wertvollste war.

Das andere sollte dann später abgeholt werden.

(Fortsetzung folgt.)

Eine Reise nach Polen im Jahre 1789.

(Fortsetzung.) Nach alten Briefen und Tagebuchaufzeichnungen. Von Oberstleutnant a. D. **von Unruh.**

Die Großgrundbesitzer sollten doch ihren Arbeitern einen kleinen Anteil an der Getreideernte überlassen, damit sie sich besser ernähren könnten! Aber daran liegt den Herren nichts. Sie verkaufen möglichst alles zur Ausfuhr. Auf der ganzen Herrschaft, durch deren Fluren wir stundenlang wandern, zählten wir nur zwei Windmühlen und außerdem — wie sagte der Mann, der uns begegnete? — ist noch eine Wassermühle vorhanden. Was könnte dieser Boden bringen, wie müßte er wuchern und wie vervielfältigt den Samen wiedergeben, da er, verhungert, gemißhandelt und verwahrlost, so vieles gibt! Denn wie mangelhaft ist die Kultur der Äcker? Da fehlt ja jede Düngung! Aber was antwortete uns vorhin der Pole, mit dem wir über Landwirtschaft sprachen. „Der Dünger verdirbt die Felder und verbrennt alle Früchte.“ Und eine Gewohnheit, von Zeit zu Zeit Wälder niederzuschlagen oder sogar niederzubrennen und den so gewonnenen Boden mit Getreide zu besäen, entspricht doch nur der niedrigsten Entwicklungsstufe der Menschheit. Solcher Waldboden hat wohl anfangs eine hohe Fruchtbarkeit, aber sie läßt bald nach, wenn die Düngung dann verabsäumt wird. Daher kommt's, daß Ihr solch ein Feld, nachdem es wenige Jahre benutzt ist, 10 bis 18 Jahre ruhen lassen müßt, ehe es wieder ertragfähig wird. Mancher von Euch sieht auch wohl gleichgültig zu, wie die Natur ein solches Feld dann wieder mit Holzwuchs bedeckt.

Warum laßt Ihr denn Euer Vieh frei weiden in Feldern, Wiesen und Brüchen? Die Fütterung, z. B. der Pferde, stellt sich dadurch freilich sehr billig — sie bekommen ja keinen Hafer, sondern nur Gras und Heu, aber wenn Ihr einen zahlreichen Viehstand hieltet, und in Ställen füttertet, so hättet Ihr genug Dünger für alle Eure Felder und könntet alle Jahre eine volle Ernte einheimsen.

Doch ich predige tauben Ohren; hier herrscht eben „polnische Wirtschaft“. Dabei wurde uns noch gesagt, die Gegend an der preußischen Grenze bis nach Posen und Gnesen sei verhältnismäßig gut kultiviert im großen und ganzen, weil hier besonders viele Deutsche zwischen den Polen wohnten, weiter nach Osten zu soll das Land wenig bebaut und bevölkert sein.

Wahrhaftig, wir können uns freuen, daß unser Paul Gerhardt — sind seit seinem Tode nicht schon mehr als hundert Jahre vergangen — nicht ein polnischer Untertan gewesen ist. Denn hätte er hier in diesem Lande gelebt, so hätte er sicherlich nicht jenes schöne Lied dichten können:

> „Geh' aus, mein Herz und suche Freud'
> in dieser lieben Sommerzeit an deines Gottes
> Gaben! Schau an der schönen Gärten Zier und
> siehe, wie sie mir und dir sich ausgeschmücket
> haben. Die Bäume stehen voller Laub, das Erdreich
> decket seinen Staub mit einem grünen Kleide;
> Narzissus und die Tulipan, die ziehen sich viel
> schöner an als Salomonis Seide.“

Ach nein, wir sehen, auch wenn wir am Sonntag wandern würden, nirgends einen Bauern, der mit Weib und Kind behaglich plaudernd etwa auf dem Rain seines Feldes fröhlich entlang ginge und sich am Wachstum seiner Saat, am Segen seiner Arbeit freute. Wie sollte er auch? Wenn sich der polnische Bauer am Sonntag ein Vergnügen machen will, so berauscht er sich an schlechtem Branntwein, um sein Elend einen Augenblick zu vergessen, dann legt er sich in einen Winkel und schläft, bis er am Montag wieder unter das Sklavenjoch treten muß. Es gibt ja in Polen keine Bauern im eigentlichen Sinne des Wortes. Die polnischen Dorfbewohner sind ja geknechtete Menschen, kaum etwas anderes als Arbeitsvieh für den adligen Grundbesitzer, völlig rechtlos und belastet mit ungemessenen Abgaben und zeitraubender Dienstarbeit. Eigenes Besitztum hat der Bauer überhaupt nicht; stets muß er gewärtig sein, daß er seiner heimatlichen Scholle beraubt wird. Kommt es doch vor, daß der Grundherr einem fleißigen Arbeiter sein Gut nimmt, wenn es einen ordentlichen Ertrag bringt, und es an einen schlechten Wirt vergibt, während der frühere Besitzer noch froh sein muß, wenn er ein durch liederliche Wirtschaft heruntergekommenes Gut wieder in die Höhe bringen darf. Wie soll er da noch den Mut und Drang haben, durch seiner Hände Mühe dem Boden höhere Erträge abzuringen? Welcher Bauer hat ein Interesse daran, sein Gut in gehörigem Stand zu erhalten oder für seine Verbesserung zu sorgen, wenn der Grundherr ihn mit einem Worte zum Knechte, seinen Knecht zum Bauern machen kann? wenn er ihn verkaufen, vertauschen, verschenken darf? Kann er je seines Lebens wieder froh werden, wenn er täglich gewärtigen muß, daß eine schlechte Laune seines Grundherrn ihm für ein geringes Versehen Peitschenhiebe oder gar die Todesstrafe bringt? Hatte nicht jeder Verwalter, den wir bisher auf den Feldern gesehen haben, einen Ochsenziemer oder einen Kantschu in der Hand? Und wie soll sich der Bauer gegen die Freveltaten der Adligen wehren, da nur der Herr den Untertan vor Gericht vertritt? Ein solcher Bauernstand muß ja vertieren. Daher das gedrückte, scheue Wesen der Leute! Kniete vorhin nicht dort drüben der Mann nieder und küßte die Schuhe des Verwalters? Wahrscheinlich hatte er eine Bitte vorzubringen.

Anders und erheblich günstiger ist dagegen, wie mir erzählt wurde, die Stellung der Bewohner der sogenannten Schulzendörfer und Holländereien. Das sind deutsche Ansiedler, die aus ihrer Heimat von deutschen Grundherren, „den v. Unruhs, den v. Goltzens, v. Hasa, v. Kalckreuth und den v. Seydlitz“, hierher gerufen sind und die sich nur gegen die Zusicherung bestimmter Vorrechte hier niedergelassen haben. Sie besitzen ihre Wirtschaft als ihr Eigentum und die Abgaben und Dienste, mit denen auch sie nicht ganz verschont sind, solche lassen sich jedoch ertragen. Sie haben in den letzten Jahrzehnten viel für die Hebung des Landes getan, und ihnen allein ist es zu verdanken, daß diese Gegenden doch einigermaßen kultiviert erscheinen. Aber manche Adlige haben es doch verstanden, auch diesen bevorzugten Bauern im Laufe der Zeiten manches Vorrecht wieder zu rauben: Wer weiß, ob sie nicht alle allmählich in die gleiche Knechtschaft hinunterdrücken wie ihre polnischen Leibeigenen, wenn der polnische Staat mit seiner Unordnung und Rechtlosigkeit noch lange besteht?

Schon mehrmals haben wir auf unserer Wanderung versumpfte und brüchige Stellen im Gelände beobachtet. Es scheint nirgends bei Bächen und Flüssen für den nötigen Abfluß oder für die Vorflut gesorgt zu sein. Die größten Brüche sollen an der Obra, an der Warthe, am Goplo-See, an der oberen Netze und an der Gouchawka liegen. Wieviel lachende Fruchtauen, wie weite Wiesenfluren könnten entstehen, wenn jene vielen Quadratmeilen großen Brüche planmäßig entwässert und urbar gemacht würden! Wieviel wertvolles Neuland, bewohnt von Hunderten von frohen Menschen, hat doch Friedrich der Große geschaffen, als er im Jahre 1772 dies Netzedistrikt „von der polnischen Herrschaft befreit“ unter sein segensreiches Zepter kam! — Hier aber sind alle Flüsse und Bäche noch sich selbst überlassene Wildwasser, die ohne festes Bett bald schmal sind und schnell dahin fließen, bald breit ausufern und bald zum Stehen kommen, die alljährlich und noch öfter schlimme Überschwemmungen bringen, deren Sümpfe, nachts von Irrlichtern belebt, nicht nur ertraglos sind und allerlei Raubtiere beherbergen, sondern auch durch ihre ungesunden Ausdünstungen Krankheiten über Tiere und Menschen bringen. Besonders verhängnisvoll ist die Vernachlässigung der Warthe, wovon wir bei Wronke eine Vorstellung bekommen haben. Dieser Hauptfluß des Landes könnte eine wertvolle Verkehrsstraße sein und dem Handel die größten Vorteile bringen, aber seine übermäßig vielen Windungen, die Masse von Holz, das aus seinem Oberlaufe mitgeschwemmt, den Boden seines Bettes bedeckt, die zahlreichen Barren an Felsblöcken, die sein Bett durchsetzen, die Mühlen- und die Fischereiwehren, die hineingebaut sind — dies alles erschwert die Schiffahrt, ja, macht sie fast unmöglich. — Wieviel Arbeitsstoff für einen Fürsten mit einem landesväterlichen Herzen! Wenige Monate nur nachdem der Vorgänger unseres jetzigen Königs den Netzedistrikt in Besitz genommen hatte, war die Netze, bis dahin ebenso ein solches Wildwasser wie die polnische Warthe noch heute, schiffbar gemacht und war in dem „wüsten Sumpfe zwischen Nakel und Bromberg ein Kanal gebaut worden: so ist eine Wasserstraße geschaffen worden, die für alle Zeiten von höchster Bedeutung sein wird. Von den polnischen Königen hat keiner es je unternommen, dem Vorbilde etwa Ludwigs XIV. zu folgen, der den Kanal von Languedoc, oder des Großen Kurfürsten, der den Müllroser Kanal gebaut hat.

(Hier muß der Schreiber einmal aus der Rolle des Wanderers in Ende des 18. Jahrhunderts fallen und den Leser in eine spätere Zeit versetzen, denn es muß gesagt werden: die starke und so überaus segensreiche Hebung des damals polnischen Landes durch die preußische Regierung wird wohl kaum durch etwas anderes so augenfällig wie durch die gewaltige Kulturarbeit, die im 19. Jahrhundert durch die Urbarmachung des großen Bruches und durch die Kanalisierung und Regelung geleistet worden ist, und so wurde auch im 20. Jahrhundert unter Kaiser und König Wilhelm II. weitergearbeitet!)

Doch fort von den unerfreulichen Feldern, fort von den Rändern der häßlichen Sümpfe, fort aus den elenden Dörfern der beklagenswerten Bauern! Wir Wanderer wollen Erholung suchen im frischen, grünen Wald. „Wie lieblich schallt durch Busch und Wald des Waldhorns süßer Klang! Der Widerhall im Eichental hallt's nach so lang — so lang.“ So möchte ich mit dem jungen Dichter singen. — Aber wo finden wir solche Lust in den Wäldern Groß-Polens? Wie können wir uns des Waldes erfreuen, wenn die hohen Buchenhallen niedergeschlagen sind! und wenn wir nach mehrstündigem Marsch nach behaglicher Ruhe verlangend nirgends das weithin schattende Laubdach einer knorrigen Eiche finden. Überall Spuren von Feuer! Ganze Strecken Waldes sind niedergebrannt, um Pottasche zu gewinnen. Sie wird nach Danzig ausgeführt, heißt es. Und was ist das? Der schöne Baum dort ist geriegelt, dort wieder einer! alle hier! Ach, um Ackerboden zu schaffen, haben sie die Bäume getötet. Die Ansiedler sind nicht hiergeblieben. Der Grundherr stellte ihnen wohl unannehmbare Bedingungen, so zogen sie weiter. Aber der sterbende Wald steht traurig da. Nirgends eine Spur von vernünftiger Forstwirtschaft, überall nur Raubwirtschaft und Waldverwüstung! Wird die polnische Regierung, wenn ihr nicht bald ein Ende gemacht wird, im Stande sein, das arme Land vor völliger Entwaldung zu schützen?

(Schluß folgt.)

(In der vorigen Nummer sind auf Seite 3 zwei Zeilen, die hinter Zeile 3 rechte Spalte gehören, versehentlich unter die Fußnote [1]) auf der linken Spalte gesetzt worden.)

Heinrich Stephan.

Zum 100. Geburtstag.

Ein Ostmärker ganz besonderen Schlages wurde am 7. Januar 100 Jahre alt. Sein gewaltiges Lebenswerk betreuen mehr denn 350 000 Reichsbeamte und Angestellte. Sie heißen noch heute im Volksmunde nach ihrem Meister die Stephansboten und Stephansjünger.

Ein ungewöhnlich reiches Leben — als achtes Kind — wächst vor hundert Jahren im engen Haus eines ehrsamen Stolper Handwerksmeisters heran. Früh die unwiderstehliche Lust zu den Büchern, namentlich zu den Sprachen, aber auch zur Musik und Ortsgeschichte. Diese Neigungen begründen die Vielseitigkeit des nimmer rastenden Geistes, der sich in wunderbaren, dem Vaterlande, der ganzen Welt dienenden Berufsleistungen erschöpft, der aber noch Zeit findet zu ernster, wissenschaftlicher Arbeit und Kunst.

Nach der ausgezeichneten ersten Prüfung in Danzig läßt ihn der preußische Generalpostdirektor Schmückert*), auch ein Pommer, ein Feuergeist und begeisterter Wegweiser seiner Behörde, nicht mehr aus den Augen; er holt ihn nach der guten Staatsprüfung und wohlverbrachten Lernjahren aus Köln in das Generalpostamt, an die Stätte, die Stephan nur noch ganz vorübergehend verlassen hat. Hier vollendet er 1858 eine glänzende Leistung: „Die Geschichte der preußischen Post." Die umfangreichen Vorarbeiten in zahlreichen Akten und Archiven wecken in Stephan das unbezähmbare Verlangen, dereinst mit der Buntscheckigkeit der deutschen Post, ihren zahlreichen Sondertarifen aufzuräumen, eine einheitliche deutsche Post mit Einheitstarifen zu schaffen und dann — schon früh pflegt er solche Gedankengänge, die die Entwicklung der Eisenbahn und des Dampfschiffs mächtig fördern — der ganzen gesitteten Welt ein großes, auf Schnelligkeit und Zuverlässigkeit aufgebautes Weltpostwesen über alle Staats- und Ländergrenzen hinweg zu schenken.

Als junger Geheimrat, ohne besondere Anweisungen aus Berlin, vollbringt er in Frankfurt (Main) die Auflösung der Thurn-und-Taxisschen Postwesens in 15 mitteldeutschen Staaten, so daß am 1. Juli 1867 das große Werk des norddeutschen Postbezirks fertig steht (Silbergroschenmarke). Gewiß haben die preußischen Waffenerfolge Stephans Meisterleistung erleichtert. Aber hören wir Bismarck zu ihm sprechen: „Der Plan Ihres Vorgehens war großzügig durchdacht. Ebenso umsichtig und politisch geschickt haben Sie ihn unter schwierigen Verhältnissen durchgeführt. Daß Sie die Macht unserer Bajonette, auf die Sie sich stützen konnten, den Gegner nicht fühlen ließen, vielmehr das, was Sie von ihm trennte, durch menschliches Handeln zu überbrücken suchten, um ihn so zu entwaffnen, war weise. Seine Majestät der König hat dies gern anerkannt, und ich selbst danke Ihnen für Ihr Wirken."

Vom 1. Mai 1870 an ist Stephan selbst preußischer Generalpostdirektor. Der Krieg gegen Frankreich gibt seinem Wirken gleich die besondere Richtung durch die Feldpost, die den Grund zur Volkstümlichkeit des obersten Postmannes gelegt hat. „Wenn die Armee zum Vaterlande durch das weltgeschichtliche Echo ihrer Siege sprach, so sprach der einzelne Krieger mit den Seinen in der Heimat und diese mit ihm durch die Stimme der Feldpost."

Seit 1. Januar 1872 besteht die Deutsche Reichspost: ein einheitliches, einem Gesetz unterworfenes Reichspostgebiet, wenn auch Bayern und Württemberg innerhalb ihrer Landesposten ihre Sonderrechte, auch ihre eigenen Wertzeichen behalten dürfen. 1872 kann Stephan endlich einen alten Lieblingsgedanken verwirklichen, den ihm die Studien über die Verkehrsmittel und Lebensgebräuche der Alten eingegeben hatten: die Einführung der Postkarte; sie sollte bald ein höchst beliebtes Nachrichtenmittel werden und bleiben.

Die starke politische Lage des geeinten Deutschen Reiches in Europa gibt für den Generalpostmeister nun das Sprungbrett ab, den Weltpostverein 1874 in Bern zu schaffen, ein Werk, das, lange Jahre schon in Denkschriften erörtert, seinen Ruf und Ruhm in alle Länder getragen hat. Mit vollem Recht hat das zusammengebrochene Vaterland 1924 an diese Großtat durch schöne Stephanbildnismarken erinnert.

Dem Weltpostverein folgt schon 1875 der Welttelegraphenverein. Stephan hat inzwischen — auch das war schon lange vorbedacht — die unwirtschaftliche Telegraphie mit der Post zusammengeschweißt. Und langsam, aber von Stephan mit wahrem Feuereifer angepackt und festgehalten, vollzieht sich Ende 1877 die Einführung des Fernsprechers, zunächst wider den Willen der Berliner Geschäftswelt. Wie bald sollte dann das neue Nachrichtenmittel das feste Band zwischen Land und Stadt werden!

In den 80er Jahren, inmitten gewaltiger Aufbauarbeit und Ausgestaltung — Deutschland hatte eben seine Kolonien erworben — schafft Stephan mit persönlicher Billigung des Reichskanzlers die staatlich unterstützten Postdampferlinien nach Ostasien und Australien — die Hapag und der Norddeutsche Lloyd arbeiten schon lange für die Post — und legt die Kabellinien nach England zum Anschluß an ein englisches Amerikakabel, um den deutsch-amerikanischen Telegraphenverkehr sicherzustellen. Durch alle solche Betätigung wird Stephan, wie die Hamburger Börse rühmte, „der nützlichste Mann in Deutschland".

Ein Teil von Stephans Lebenswerk geriet nach dem Weltkrieg in große Gefahr, dem Völkerbund überantwortet zu werden. Der elektrische Weltnachrichtendienst: die Telegraphie; die mächtig emporgediehene Fernsprecherei und die wesentlich erst im Krieg geförderte dritte Schwester, die Funkerei, blieben aber dank der Fürsorge und Opferwilligkeit von Stephans Schülern davor bewahrt, eine politische Anstalt zu werden.

Die deutschen Post- und Telegraphenbeamten dienen ihrem Volk am besten, wenn sie wahre Stephansjünger bleiben. Sie walten ganz gewiß auch im Geiste ihres unvergessenen Altmeisters, wenn sie heute der in Europa meist gesprochenen deutschen Sprache die ihr gebührende Stellung als Verhandlungssprache auf Weltpostkongressen und Welttelegraphenkonferenzen neben dem Französischen, das seit Versailles 1919 seine Vormachtstellung verloren hat, und neben dem Englischen erstreiten helfen!

J. Borngräber.

*) Schmückert hat das 1857 durch furchtbare Feuersbrunst zerstörte posensche Städtchen Bojanowo wiederaufgebaut. Sein überlebensgroßes Marmorstandbild auf dem Ring haben die Polen Anfang Mai 1923 zertrümmert.

Ostmärkisches Allerlei.

Ein neugieriger Amerikaner.

In politischen Kreisen Warschaus wird folgende Anekdote erzählt: Ein Mr. Brown, natürlich ein Amerikaner, der während der Abstimmung in der Brester Sache im Sejm auf der Galerie anwesend war, bemühte sich und erlangte eine Audienz beim Justizminister Michalowski. Mr. Brown betritt zur festgesetzten Zeit das Arbeitszimmer des Justizministers, verbeugt sich und nimmt auf Einladung des Ministers Platz. Nachdem er den Minister eine Weile betrachtet hat, erhebt er sich und wendet sich schweigend der Türe zu. Da ertönt die Frage: „Sie wünschten doch etwas?" — „Yes" — lautete die Antwort des Amerikaners — „ich wollte nur wissen, wie in Polen der Justizminister aussieht.

Ein nettes Wahlhistörchen.

In einem Wahllokal in Siemianowitz ereignete sich eine nette Geschichte, die den Vorzug hat, wahr zu sein. In diesem Lokal erschien eine ältere Frau in bäuerischer Tracht mit ihrem Manne, um ihrer Wahlpflicht nachzukommen. Als die Frau keine Wahlzelle vorfand und merkte, daß sie von verschiedenen Personen beobachtet wurde, was für einen Stimmzettel sie in den Umschlag geben würde, zog sie rasch entschlossen ihren weiten Rock über den Kopf und stellte sich auf diese Weise eine eigene Wahlzelle her, in der sie und ihr Mann unbeobachtet die Stimmzettel in den Umschlag steckten. Einspruch gegen diese Wahlzelle wurde von keiner Seite erhoben. Man muß sich zu helfen wissen!

Die bibelfeste Firma.

In einem kleinen Ort in der Nähe von Weißstein in Schlesien wollte im Jahre 1912 die neu eingeführte Kirchenbeleuchtung nicht brennen. Der Pfarrer erbat sich aus Breslau den Monteur, der die Anlagen eingerichtet hatte. Da dieser trotz Reklamation nicht gleich kam, wurde der Gemeindevorstand ungeduldig und verlangte telegraphisch die sofortige Abstellung des Übelstandes. Die Firma, die die Beleuchtung geliefert hatte, war aber der Situation gewachsen und telegraphierte einfach zurück: „Provinzialgesangbuch, Lied 12, Vers 5." Als der Herr Pfarrer neugierig das Büchlein an der bezeichneten Stelle aufschlug, fand er die folgenden Strophen:

Er wird nun bald erscheinen in seiner Herrlichkeit,
Und euer Leid und Weinen verwandeln ganz in Freud',
Er ist's, der helfen kann; macht eure Lampen fertig,
Und seid stets sein gewärtig, er ist schon auf der Bahn.

Und bald danach erschien denn auch der Monteur und brachte alles wieder in Ordnung.

Anekdote von Stephan.

General-Postmeister Stephan pflegte als weidgerechter Jäger fast in jedem Jahr nach Aufgehen der Rehbockjagd das der Ansiedlungskommission gehörige Revier um die Ortschaft Tulce, etwa 18 Km. südöstlich Posen, zu besuchen. Die postalische Verbindung, noch mehr aber die drahtliche Verbindung dorthin war recht mangelhaft, und der Ortsvorsteher brachte gelegentlich der Anwesenheit des General-Postmeisters im Frühjahr 1894 diesen Umstand zur Sprache. Nach kurzer Zeit war Abhilfe geschaffen. Eine oberirdische Leitung wurde von dem Städtchen Schwersenz nach Tulce gelegt. Der Freude und dem Dank hierüber gab der Ortsvorsteher durch folgendes Telegramm Ausdruck:

General-Postminister pp.
Du hast ein Telephon geschenkt uns der Gemeinde Tulce,
Dafür sei Dir nun Dank gesagt von dem Gemeinde-Schulze.

In launiger Weise drahtete Stephan zurück:

Es bringe frohe Botschaft oft nach Tulcen
Das Telephon für die Gemeinde und den Schulzen.

(Mitgeteilt von Oberstleutnant a. D. v. Unruh.)

Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kredel, Berlin-Friedenau. — Verlag: Deutscher Ostbund E.V., Berlin. Einsendungen an die Schriftleitung, Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 43 (Fernruf Steinplatz 8031). — Druck: Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW 68.